

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kippinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4196



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckerschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 25. März 1931

Int. Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

Bismarck und die Kommune.

Zum sechzigsten Jahrestag der Kämpfe um Paris.

SPD. Wenn die Regierung Thiers, obwohl sofort entschlossen, die rote Fahne der Kommune vom Pariser Rathaus mit Waffengewalt herunterzuholen, den entscheidenden Angriff bis in die zweite Maihälfte verzögerte, lag es zum guten Teil daran, dass die zahlenmässige Schwäche ihrer Truppen sie von Bismarck abhängig machte.

In dem anhebenden Bürgerkrieg waren die Deutschen, die Paris noch auf der Nord-, Ost- und Südseite einschlossen, um so mehr zur Neutralität verpflichtet, als die Kommune schon am 21. März ihre feste Entschlossenheit bekundet hatte, die Bestimmungen des versailer Vorfriedens innezuhalten. Ueberdies lag für Bismarck die Rolle des schmunzelnden Zuschauers sehr nah, denn je wilder sich die Franzosen untereinander zerfleischten, desto später rafften sie sich zu der unvermeidlichen Revanche wegen der ihnen schnöde entrissenen Provinzen Elsass und Lothringen auf. Aber wenn er in der seltsamen Vorstellung schwelgte, dass die besseren Elemente der Kommune im Grunde nur Sehnsucht nach der preussischen Städteordnung verspürten, so sah er in der Bewegung doch auch mit gespanntem Argwohn "die kosmopolitische Revolution zur Verwirklichung sozialistischer und kommunistischer Phantasien"; mit dem beschränktesten Weissbierphilister wetteiferte er im Geschimpfe über "das bewaffnete Gesindel in Paris" und über "die fünfzehn bis zwanzigtausend entlassenen Verbrecher und den andern Abschaum und Auswurf der modernen Kulturwelt", der sich mit den Vorkämpfern des Umsturzes unter der roten Fahne mische.

Das Solidaritätsgefühl aller "Ordnungs"mächte drängte Bismarck also an die Seite von Thiers, der sich anschickte, auf die blutigste Art "Ordnung" zu machen. Sollte sich nach den Bestimmungen des Vorfriedens die Pariser Garnison auf 40 000 Mann beschränken, so gestattete am 28. März ein Abkommen die Erhöhung der vor der Hauptstadt zusammenzuziehenden Truppen auf das Doppelte, am 5. April wurden insgesamt 100 000 Mann bewilligt, und in der zweiten Aprilhälfte bestand die versailer Armee aus 120 000 bis 150 000 Mann; sie hatte sich prall auffüllen können durch die Kriegsgefangenen aus Deutschland, die Bismarck Herrn Thiers in beschleunigten Transporten zuschickte. Aber der Bundeskanzler verhehlte sich nicht die Zweischneidigkeit seines Entgegenkommens. Eine je grössere Macht die französische Regierung hinter sich scharte, desto mehr Späne konnte sie bei Umwandlung des Vorfriedens in den endgültigen Frieden machen. Als in der Tat die Verhandlungen in Brüssel durch die französischen Versuche, Zahlungserleichterungen für die Fünfmilliarden-Kriegsentschädigung und andere Zugeständnisse zu erlangen, nicht vom Fleck kamen, knurrte Bismarck, damit enthüllend, wie weit er mit seiner Unterstützung der Thiers und Konsorten hatte gehen wollen: "Wir haben kein Interesse, die Gegner der französischen Regierung mit deutschem Blute niederzuwerfen, solange die Regierung in Brüssel den Präliminarfrieden nicht auszuführen, sondern zu unserem Nachteil abzuändern sucht".

Ja mehr! Für den konservativen und royalistischen Mann der "Ordnung" wurde

auf einmal die Kommune ein Trumpf im Spiel. Während er den Versailler Machthabern seine Mithilfe bei der "Zernierung und Aushungerung von Paris" anbot, allerdings gegen den Shylokschein eines Abkommens über die Zusammenwirkung, das die Thiers und Favre in seine Hand gegeben hätte, fühlte er zugleich in der Richtung der Kommune vor. Am 26. April trafen nach vorheriger Vereinbarung in Fort Aubervilliers zwei ungewöhnliche Typen zusammen: für die Kommune ihr Kriegsminister Cluseret, militärischer Abenteurer von vielen Graden, für Bismarck der Legationssekretär von Holstein, später als die "graue Eminenz" der heimliche und unheimliche Leiter des Berliner Auswärtigen Amtes. Da bei diesen Besprechungen auch an eine Mittlerrolle der deutschen Regierung zwischen den zwei kämpfenden Parteien gedacht wurde, hoffte Bismarck mit Zustimmung beider Teile die Besetzung von Paris durch deutsche Truppen herauszuschlagen; welche glorreiche Aussichten triumphierenden Schiedsrichter bei den inneren Wirren des "Erbfeindes" zu spielen! Auch nach Cluserets Sturz suchten die deutschen Behörden die Fühlung mit der Kommune zu behalten, freilich nach dem Grundsatz:

Blamier mich nicht, mein schönes Kind,
Und grüss' mich nicht unter den Linden,

und der kgl. preussische Revolutionär von 1866, der Magyaren, Tschechen und Serbo-Kroaten gegen das "angestammte" und "legitime" Haus Habsburg aufgewiegelt hatte, schien in Bismarck wieder zu erwachen, als er am 2. Mai dem deutschen Generalgouverneur des besetzten Frankreich, v. Fabrice, bedeutungsvoll schrieb: "Von Parteinahme unsererseits für die Kommune ist bis jetzt nicht die Rede".

Aber von dem Gemunkel zwischen Bismarck und der Kommune kam auch den Versailler Machthabern etwas zu Ohren und bewog sie, schleunigst Unterhändler nach Frankfurt zu senden und am 10. Mai den Endfrieden abzuschliessen. In der Mainstadt verpflichtete sich Bismarck auch, das eine Eisen im Feuer preisgebend, auf Wunsch des Herrn Thiers Paris vollständig abzusperrn, den Versailler Truppen den Durchmarsch durch die deutschen Linien zu gestatten und die Kommune zur Entwaffnung der Stadtumwallung aufzufordern, und in der Tat verwandelte sich, Bütteldienste leistens, das deutsche Heer um die Hauptstadt in der Nacht vom 21. zum 22. Mai in eine lebende Mauer, damit keiner der Kommunards dem Gemetzel entrönne; in einem Telegramm an das Oberkommando rühmte sich der bayerische Befehlshaber v. Tann, dem "verlangten Durchmarsch von 3000 Weibern, Kindern und Greisen vom linken Ufer dem Kommandanten von Ivry abgeschlagen" zu haben. Viele der preussischen Offiziere vom General bis zum Leutnant juckte es sogar, an der Ausrottung der "Roten" tätig teilzunehmen; die "Aufzeichnungen" des Prinzen Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen verraten, wie unverschämt die uniformierten Gardejunker Partei gegen die Kommune ergriffen, und auf jeden Fall blieb ihnen die Genugtuung, das Wüten der Galilet, Ciskey und Vinoy aus nächster Nähe zu beobachten. Entzückt ob des seltenen Schauspiels vermerkte Generalleutnant v. Pape, Kommandeur der 1. Gardedivision:

Ungeheure Explosionen folgen sich mit furchtbarem Gekrache, dicke Rauch- und Dampf Wolken bezeichnen die Stellen der Explosionen, dazu der rasende Donner der Geschütze, das Krachen der krepierenden Granaten und Schrapnells, das fast unausgesetzt rollende Gewehrfeuer bei Tag und Nacht - es ist eine Herzenslust, die Herren Pariser so gezüchtigt zu sehen. Die Versailler Truppen geben keinen Pardon, und da auch Weiber sich am Kampfe beteiligen, so werden auch diese auf der Strasse ohne Barmherzigkeit niedergeschossen. Was beim Durchsuchen der Häuser vorgeht, darüber mag Gott richten; ich glaube, dass wenigstens die Hälfte der Einwohnerschaft ausgerottet wird,

kurz, was ein gemütvoller ostelbischer Junker so "eine Herzenslust" nennt!

Der Helfershelfer dieser viehischen Schlächter war Bismarck. Wenn ihn daher Karl Marx beschuldigte, sich "nicht nur zum Gendarmen, sondern auch zum gemieteten Bravo" der Versailler Gewaltmenschen hergegeben zu haben, urteilte er kaum zu hart; in der Sache deckte sich sein Urteil mit der Ausserung des ersten deutschen Geschäftsträgers in Paris, Grafen Waldersee, die französische Regierung fühle sich zu schwach, dem Lande gegenüber einzuräumen, "dass sie mit Unterstützung der Deutschen Paris niedergeworfen hat".

Hermann Wendel.

SPD. In der Mittwoch-Sitzung des Reichstags gab Reichstagsabgeordneter Dittmann im Namen der Sozialdemokratischen Partei folgende Erklärung ab :

"Durch die Krisenwahlen am 14. September hat der Reichstag eine Zusammensetzung erhalten, die eine unmittelbare Gefahr für die Demokratie, für alle politischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen des Befreiungskampfes der Arbeiterschaft darstellt.

Die Partei der kapitalistischen und grossagrarisches Scharfmacher, der Prinzen und kaiserlichen Generale, die sich hinter dem Namen einer nationalsozialistischen Arbeiterpartei verbirgt, hat die Verzweiflung wirtschaftlich schwer bedrängter und politisch unaufgeklärter Volksschichten in demagogischer Weise ausgenutzt und durch trügerische Versprechungen weite Wählermassen an sich gerissen.

Die rasche Entwicklung des reaktionären Charakters hat die Nationalsozialisten zum Verlassen des Reichstags gezwungen. Ihnen folgten die Deutschnationalen. Seitdem haben sich beide Parteien immer enger zu einem einzigen reaktionären Block verbrüderd.

Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Massen im Lande aufgerufen, die Demokratie und die Rechte des Proletariats zu verteidigen. Um diese Verteidigung erfolgreich zu gestalten, musste die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein Abgleiten der Staatsgewalt in die Hände des Faschismus verhindern. In der Erhaltung der Demokratie, der Sicherung der Verfassung und dem Schutze des Parlaments hat deshalb auch die Reichstagsfraktion die oberste Aufgabe ihrer parlamentarischen Taktik gesehen. Das geschah in der klaren Erkenntnis, dass ohne diese politischen Freiheiten keine Möglichkeit besteht, die Sozialpolitik zu schützen und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, die durch die Wirtschaftskrise aufs Stärkste bedroht ist, zu heben.

Entsprechend diesen Absichten hat die Sozialdemokratie durchgesetzt, dass die Notverordnungen der Regierung Brüning in entscheidenden Punkten verbessert worden sind, dass trotz des Anwachsens der Zahl der Arbeitslosen auf fast 5 Millionen, trotz Rückgang aller Steuereinnahmen die Unterstützung an die Arbeitslosen aufrecht erhalten werden konnte. Sie hat schliesslich durch ihre Mitarbeit an der parlamentarischen Erledigung des Reichsetats mit dazu beigetragen, dass das durch den Wahlausfall aufs Schwerste erschütterte Vertrauen zur deutschen Wirtschaft langsam zurückkehren und so eine allmähliche Besserung in der Wirtschaftslage Deutschlands angebahnt werden kann.

Nationalsozialisten und Deutschnationale, die nach dem 14. September in kurzer Zeit die faschistische Diktatur glauben errichten zu können, sind durch die parlamentarische Arbeit der Sozialdemokratie und durch die gesteigerte Aktivität der Massen daran gehindert worden. Nun hofften sie, dass ihr Auszug aus dem Parlament eine Lahmlegung des Reichstags und eine Sprengung der Regierung herbeiführen werde.

Aber auch diese Hoffnung hat die Sozialdemokratie zuschanden gemacht. Sie stand vor der Tatsache, dass durch den Auszug von Nationalsozialisten und Deutschnationalen an den Machtverhältnissen nichts geändert worden ist, und dass sie diejenigen Entscheidungen, die in einem vollbesetzten Reichstag von der bürgerlichen Mehrheit getroffen worden wären, nicht durch eine Scheinmehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten durchkreuzen konnte, wollte sie nicht den Absichten ihrer faschistischen Gegner Vorschub leisten.

Aber so wichtig es ist, dass der Reichstag seine Arbeitsfähigkeit trotz einer starken antiparlamentarischen Opposition bewiesen hat, und so wichtig es ist, dass die Aufgaben der Gesetzgebung auf verfassungsmässigem Wege erledigt worden sind, so steht dennoch die Lösung der Hauptaufgaben, die Ueberwindung der Wirtschaftskrise noch aus. Sie kann nicht erreicht werdendurch die Verminderung der Kaufkraft auf dem Wege über den Abbau der Löhne und dem Abbau der sozialen Einrichtungen. Sie wird auch nicht erreicht werdendurch einen hemmungslosen Aufbau der landwirtschaftlichen Zölle, die nur die Kosten der Lebenshaltung in die Höhe schrauben, die Ausfuhr deutscher Fertigerzeugnisse

hindern und die Arbeitslosigkeit vergrössern.

Die Sozialdemokratie hat deshalb für die von der Reichsregierung verlangte Sparermächtigung die notwendige Sicherung zur Aufrechterhaltung aller gesetzlichen Verpflichtungen für die sozialen Leistungen geschaffen. Ebenso hat sie, ohne die Hilfe für die schwerringende bäuerliche Wirtschaft zu gefährden, dafür Sorge getragen, dass bei der Ermächtigung zur selbständigen Festsetzung von Zöllen für landwirtschaftliche Erzeugnisse die Kosten für die Lebenshaltung der breiten Massen nicht gesteigert werden dürfen. Die Sozialdemokratische Fraktion wird auch dem Stat ihre Zustimmung geben, nachdem es gelungen ist, die in ihm enthaltenen sozialen Leistungen zu sichern und für schärfere Besteuerung der besonders leistungsfähigen Schichten Mittel für dringende soziale Zwecke neu zu beschaffen.

Sie verlangt jedoch von der Reichsregierung, dass sie entsprechend den ab gegebenen Erklärungen nun mit allen Mitteln daran geht, die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der Lohnabbau, der die Wirtschaftsbelegung nur erschwert hat, darf nicht fortgesetzt, die Verkürzung der Arbeitszeit muss, wenn sie nicht in kurzer Zeit freiwillig eingeführt wird, gesetzlich angeordnet werden. Die sozialen Leistungen an die Hilfsbedürftigen müssen aufrecht erhalten werden. Den Gemeinden, die unter der Last der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge zusammenzubrechen drohen, muss die Aufrechterhaltung ihrer Leistungen durch die Schaffung der einheitlichen Arbeitslosenfürsorge ermöglicht werden. Die Regierung muss alle Mittel anwenden, um die Wirtschaftskrise durch arbeitsschaffende Massnahmen abzukürzen.

Nur eine entschlossene demokratische und soziale Politik wird imstande sein, das deutsche Volk aus der Gefahr einer Selbstvernichtung im Bürgerkrieg zu befreien und einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Wir Sozialdemokraten werden die bevorstehende parlamentarische Pause benutzen, um ins Land hinauszugehen und dort zu wecken und zu werben. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit spielt sich heute auf politischem Boden als ein Kampf zwischen Faschismus und Demokratie ab.

Wir gehen hinaus zum Kampf gegen die faschistischen Söldner des Kapitals, für das Recht der Arbeit, für Demokratie und Sozialismus."

SPD. München, 25. März (Eig. Drahtb.)

In der staatlichen Kunstpolitik Bayerns gibt es seit einigen Wochen einen Fall Mayer, der in den Kreisen der Kunstwissenschaft und des Kunsthandels in ganz Deutschland ausserordentlich viel Staub aufgewirbelt hat.

Auf eine sozialdemokratische Anfrage zu dem Fall hat der bayerische Kultusminister jetzt im Landtag eine eingehende Darstellung des Sachverhalts gegeben. Danach gipfelte die schweren Anschuldigungen des Direktors des Germanischen Museums darin, dass Dr. Mayer wiederholt falsche wissenschaftliche Gutachten in gewinnsüchtiger Weise erstattet und durch die Art seiner Beziehungen zum Kunsthandel die Achtung, die sein Beruf als kunstwissenschaftlicher Beamter der staatlichen Sammlungen und als Dozent an der Universität erfordert, schwer verletzt habe. Dazu gab Dr. Mayer eine Erklärung ab, dass er bei der Erstattung seiner privaten Gutachten stets nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt habe, räumte allerdings ein, dass er in zahlreicheren Fällen, als es seiner vorgesetzten Stelle bekannt war, solche Gutachten gemacht habe, und zwar regelmässig gegen ein Honorar von zwei Prozent des Schätzungs- bzw. Verkaufswertes des betreffenden Gemäldes. In dieser Betätigung liegt ein Verstoss gegen die bestehende Anweisung, die schriftliche Gutachten der Museumsbeamten an die Zustimmung ihrer Direktion bindet und ausserdem verlangt, dass die Honorare dafür in der Regel an die Museen und Galerien für wissenschaftliche Zwecke überwiesen werden. Den Beamten ist ausdrücklich verboten, sich in irgend einer Form beim Kunsthandel zu beteiligen. Nach der vorläufigen Unter-

suchung hat sich Dr. Mayer in beiden Fällen Verfehlungen zuschulden kommen lassen, dagegen haben sich weiter gehende Vorwürfe in der Hauptsache als haltlos erwiesen. Dr. Mayer hat auf weitere Fragen erklärt, er wolle auf seine bisherige gewinnbringende Gutachtertätigkeit nicht verzichten und auf den Vorhalt, dass sich das mit seiner amtlichen Stellung nicht vertrage, sofort seine Entlassung aus dem Staatsdienst genommen.

Auf Anregung der Direktoren der staatlichen Gemäldesammlungen soll im übrigen demnächst eine Länderkonferenz darüber beraten, ob die bisher bestehenden Bestimmungen über die Gutachtertätigkeit von Museumsbeamten nicht einheitlich für das ganze Reich geregelt und aufgrund der Erfahrungen ergänzt werden sollen.

SPD. Das Preussische Staatsministerium hat angeordnet, dass auf sämtlichen in Berlin gelegenen staatlichen und kommunalen Dienstgebäuden, Gebäuden der Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie Gebäuden der öffentlichen Schulen am 26. März 1931, dem Tage der Beisetzung des Reichskanzlers a.D. Hermann Müller nach den Bestimmungen der Verordnung vom 29. Juni 1929 halbmast zu flaggen ist.

SPD. Paris, 25. März (Eig. Drahtb.)

Die Aufregung, die mit wenigen Ausnahmen in der gesamten französischen Presse über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung festzustellen war, scheint jetzt wenigstens in der gemäßigten Presse einer etwas ruhigeren Beurteilung Platz zu machen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass dieser vorläufig noch etwas zaghafte Stimmungsumschwung auf den Einfluss Briands zurückzuführen ist, der sich nach seinen Unterredungen mit Henderson wahrscheinlich davon überzeugt hat, dass England die Angelegenheit nicht so tragisch nimmt wie Frankreich und zu irgend welchen Protestdemonstrationen noch nicht entschlossen zu sein scheint.

Die erste zur Ruhe mahnende Äußerung findet sich am Mittwoch im "Paris Midi", der die Meinung ausspricht, das Vorgehen Österreichs sei ein Akt der Verzweiflung, da das kleine Land mit seinem Wasserkopf Wien wirtschaftlich nicht allein dastehen könne. Das Blatt macht dafür zu einem grossen Teil die Zoll- und Wirtschaftspolitik Frankreichs und der Kleinen Entente verantwortlich, die die europäische Politik Briands behindere, wie sich dies bei den Pariser Getreidekonferenzen im Februar gezeigt habe. Frankreich und die Kleine Entente müssten also entschlossen ihre Zollpolitik den modernen internationalen Notwendigkeiten anpassen. Dann wären sie vor Schlägen geschützt, wie sie soeben Curtius und Schober ausgeteilt hätten. Die reaktionären Zeitungen, wie die "Liberté" und der "Ami du Peuple", protestieren natürlich heftig gegen die Wandlung der Dinge und hoffen, dass die Stellungnahme der tschechischen Regierung, die der am Mittwoch in Paris eingetroffene französische Gesandte in Prag dem Quai d'Orsay darlegen wird, doch noch zu einer sofortigen und energischen Intervention Frankreichs führt.

Vor der zweiten am Mittwoch stattgefundenen Unterredung mit Henderson hat Briand den Vorsitzenden der auswärtigen Ausschüsse der Kammer und des Senates Aufklärung über das deutsch-österreichische Protokoll gegeben. Er teilte ihnen mit, dass er bereits vor der Bekanntgabe des Protokolls die Berliner und die Wiener Regierung auf diplomatischem Wege darauf aufmerksam machen lassen, dass sie die bestehenden Verträge und Abkommen revidieren müssten. Briand erklärte weiter, dass im Hinblick auf das Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 über die finanzielle Wiederaufrichtung Österreichs der Völkerbund nach seiner Ansicht zu dem deutsch-österreichischen Plan Stellung nehmen müsste, bevor dieser zur Durchführung gelange. In der Mittwoch-Sitzung des auswärtigen Ausschusses der Kammer erstattete Paul Boncour Bericht über die Erklärungen

Briands.

Die englische Botschaft veröffentlicht über die Unterredung Hendersons mit Briand eine Meldung, in der es heisst, dass Henderson ebenfalls bei der deutschen und der österreichischen Regierung Vorstellungen machen und die feste Hoffnung zum Ausdruck habe bringen lassen, dass die beiden Regierungen vor der Weiterführung der Verhandlungen dem Völkerbundsrat während der Mai-Tagung Gelegenheit geben würden, sich darüber Klarheit zu verschaffen, dass der deutsch-österreichische Plan nicht gegen die wirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs verstosse.

SPD. Das Koblenzer Nazi-Blatt hat kürzlich seinen Laden zugemacht. Die Ursachen dieser Pleite ergeben sich aus dem Bericht eines vereidigten Bücherrevisors, der charakteristisch ist für die Geschäftspraxis der Nazis und deshalb weitesten Kreisen zur Kenntnis gebracht werden muss. In dem Bericht heisst es zunächst :

"Im September 1930 habe ich mit der Ausführung des Auftrages (die Geschäftsführung des Unternehmens zu überprüfen.D.Red.) begonnen und stellte fest, dass vor allen Dingen die Buchführung nicht den einfachsten Bestimmungen des Handelsgesetzbuches entsprach und nicht die geringste Sorgfalt hierbei beachtet worden war. Da Herr Karl Lintz (der Geschäftsführer) vom ersten Tage der Einrichtung des Unternehmens an in diesem tätig war, hatte er Gelegenheit, die Art der Buchführung derjenigen des Unternehmens anzupassen. Das hat derselbe jedoch völlig unterlassen und gewährten die vorhandenen geführten Bücher nicht den geringsten Ueberblick über den Erfolg oder Misserfolg noch über den Vermögensstand des Unternehmens."

Im einzelnen hat der Sachverständige, wie er weiter schreibt, die wenigen dürftigen vorhandenen Bücher geprüft. Vom Kassenbuch stellt er fest, dass die Einnahmen und Ausgaben nicht sofort, wie sich das gehört, sondernerst nachträglich eingetragen wurden. In keinem Monat sei ein Kassenabschluss und die Feststellung des Kassenbestandes vorgenommen worden, wodurch die Beweisführung des Kassabuches völlig fehle. Er habe eine Menge Quittungen gefunden über vereinnehnte Beträge, aber nach deren Eintragung ins Kassenbuch vergeblich gesucht. Wörtlich heisst es dann :

"Ein Kassabestand war am 31. Oktober 1930 nicht vorhanden, sondern von Herrn Litz verbraucht à conto seiner Gehaltsansprüche, die jedoch nicht von ihm im Kassabuch eingetragen sind. Da in den Monaten Juni, Juli, August und September 1930 von Herrn Lintz kein Abschluss und keine Feststellung des jeweiligen Kassenbestandes gemacht ist, entzog derselbe sich der jeweiligen Nachprüfung und gleichzeitig der Feststellung der der Kasse entnommenen Beträge."

Mit anderen Manipulationen des Herrn Geschäftsführers verhielt es sich ähnlich. So schreibt der Sachverständige z.B. über die Autointeressen des Herrn Geschäftsführers Lintz:

"Die Firma besitzt einen Personen- (Opel) und einen Lastkraftwagen (Benz). Die Kraftfahrer habenden Brenn- und Schmierstoff sowie auch die Bereifungen willkürlich bezogen, ohne dass hierfür Bestellscheine oder sonstige Belege vorhanden, noch Aufzeichnungen von Herrn Lintz gemacht worden sind. Der Lastwagen ist mit Genehmigung des Herrn Lintz für ausserhalb des Geschäftsverkehrs gemachte Personenbeförderungen auf Kosten des Unternehmens hergegeben worden. Diese Fahrten hat der Kraftfahrer in seinem Buche genau aufgezeichnet sie betragen 1316 Kilometer. Nach der glaubwürdigen Versicherung des Herrn Dr. Robert Ley hat derselbe dem Herrn Karl Lintz keine Vollmacht zu dieser Handlung gegeben."

Linz aber wurde nach der Aufdeckung seiner Misswirtschaft von den Nazis nicht etwa an die frische Luft befördert. Vielmehr betätigt er sich heute noch als Standartenführer der Koblenzer Nazis. Wahrscheinlich geht man ihm nicht an den Kragen weil er zu viel weiss und wie andere Nazis auspacken würde, sobald man ihn zum Teufel jagen wollte. Eine nette Gesellschaft!

SPD. Madrid, 25.März (Eig.Drahtb.)

In der spanischen Hauptstadt haben sich am Mittwoch vor den Gebäuden der medizinischen Fakultät und der Veterinärschule wieder heftige Studentenunruhen ereignet. Es kam zu einer regelrechten Schlacht zwischen Polizei und republikanischen Studenten. Ein Hauptmann der Zivilgarde wurde schwer verwundet, drei Studenten wurden getötet. Der Kampf dauerte gegen Abend noch an.

SPD. Der französische Botschafter in Berlin hat dem Reichsaussenminister Dr. Curtius zum Hinscheiden des Reichskanzlers a.D. Hermann Müller die aufrichtige Anteilnahme des französischen Aussenministers Briand zum Ausdruck gebracht. Der Königlich Ägyptische Geschäftsträger hat der Reichsregierung ebenfalls das Beileid seiner Regierung übermittelt.

SPD. Weimar, 25.März (Eig.Drahtb.)

Im Haushaltsausschuss des thüringischen Landtags kam es am Mittwoch zu einer lebhaften Frick-Debatte. Veranlassung dazu gaben die Theaterskandale des Fachberaters von Frick, Dr. Ziegler. Ziegler ist Redakteur an dem Weimarer Nazi-Blatt und nichtamtlicher Sachberater des Herrn Frick für Theaterfragen. Für diese Tätigkeit erhält er monatlich 200 Mark.

Auf Veranlassung Zieglers sind in letzter Zeit mehrere Künstler mit jüdischem Aussehen oder ausländischen Namen vom Nationaltheater in Weimar entlassen worden. So u.a. der bisherige Generalmusikdirektor, weil seine Frau eine Jüdin ist. Ausserdem ist das Deutsche Nationaltheater auf Veranlassung Zieglers fortgesetzt zu nationalsozialistischen Parteiveranstaltungen benutzt worden. Die Nazis benutzen das Theater mit besonderer Vorliebe, weil hier die verfassunggebende Nationalversammlung getagt hat und die Verfassung der Republik geschaffen wurde. Erst kürzlich hat der Fememörder Schulz im Nationaltheater eine Rede wie folgt begonnen: "In diesem Raum hat sich einstmals eine Horde von Verrätern und Feiglingen angemast, einen neuen Staat aufzubauen."

Die Sozialdemokratie protestierte lebhaft gegen die unerhörte Beschimpfung deutscher Männer und Frauen, die der Nationalversammlung angehört haben. Auf ihren Antrag wurden zwei Entschliessungen angenommen, die sich gegen die Kunstpolitik Frick und den Missbrauch des Deutschen Nationaltheaters durch die Hakenkreuzler richten. Angenommen wurde ferner mit den Stimmen der SPD, der Volkspartei und der Kommunisten folgender volksparteiliche Antrag: "Die Landesregierung wird beauftragt, den von dem Herrn Volksbildungsminister als Fachberater für Kunstangelegenheiten berufenen Dr. Ziegler unverzüglich aus seiner Tätigkeit zu entfernen."

SPD. Was vor einem halben Jahre für völlig unmöglich gehalten worden ist, das ist am Mittwoch verwirklicht worden. Der Etat des Reiches ist vom Reichstag mit 277 gegen 64 Stimmen der Kommunisten und 14 Enthaltungen der Wirtschaftspartei in dritter Lesung angenommen worden. Die Bedeutung dieser Tatsache wird noch ausführlich zu würdigen sein. Gegenwärtig sei nur betont, dass auch die Sozialdemokratie, die, wie aus der Erklärung der Fraktion deutlich hervorgeht, vielen einzelnen Positionen mit grossem Vorbehalt gegenübersteht, dennoch in der parlamentarischen Erledigung des Reichsetats einen ausserordentlich wichtigen Schritt zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen sieht, der günstige Rückwirkungen auch auf den Stand der Arbeitslosigkeit ausüben muss.

Die letzte Abstimmung über den Panzerkreuzer ergab leider wieder eine nichteinheitliche Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion,

Acht sozialdemokratische Abgeordnete stimmten für den kommunistischen Antrag und zwar: Graf, Kuhnt, Oettinghaus, Portune, Dr. Rosenfeld, Seydewitz, Dr. Siemsen, Ströbel.

28 Abgeordnete beteiligten sich nicht an der Abstimmung, 10 davon fehlten wegen Krankheit oder dringender Geschäfte. Die 18 Abgeordneten waren: Frau Agnes, Arzt, Aufhäuser, Bergmann, Dietrich, Fleissner, Graupe, Krätzig, Künstler, Frau Kunert, Litke, Dr. Löwenstein, Schirmer, Frau Schreiber-Krieger, Frau Sender, Stücklen, Frau Wurm, Ziegler.

Die 10 fehlenden Abgeordneten sind: Beims, Bernhard, Crispian, Ferl, Gerlach, Jäcker, Larssen, Dr. Remmele, Streufert, Witte.

Aus den übrigen Abstimmungen sei hervorgehoben die Annahme des sozialdemokratischen Antrages auf Erhöhung des Etatansatzes bei der Einkommensteuer um 43 Millionen, das ist der Mehrertrag aus der erhöhten Besteuerung der Aufsichtsräte und des Notopfers zur Einkommensteuer. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass 35 Millionen davon den Ländern zur Weitergabe an die notleidenden Gemeinden zufließen, 5 Millionen an die Knappschaftsversicherung überwiesen werden, die damit einen Reichszuschuss von insgesamt 45 Millionen erhält, während 3 Millionen für die Speisung von Kindern angesetzt worden sind. Ausserdem wurde eine Entschliessung angenommen, die die Reichsregierung auffordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine und Grossladengeschäfte beseitigt.

SPD. London, 25. März (Eig. Drahtb.)

Im englischen Unterhaus war am Mittwoch die deutsch-österreichische Zollunion Gegenstand verschiedener Anfragen, die Unterstaatssekretär Dalton beantwortete.

Die Regierung, so erklärte Hendersons Stellvertreter, werde die Angelegenheit aufmerksam prüfen und ebenso die Frage, ob diese Union irgend einen internationalen Vertrag verletze. Es sei unmöglich, jetzt schon die etwaigen Folgen auf den britischen Handel vorauszusagen. Man könne versichert sein, dass die Regierung alle zulässigen Mittel ("Proper means") anwenden werde, um zu verhindern, dass durch eine solche Union die Handelsinteressen Grossbritanniens verletzt würden. Die Regierung beabsichtige nicht, weder mit Deutschland noch mit Österreich in Verhandlungen einzutreten, zwecks Abschluss einer Zollunion mit einem der beiden Länder. Ein solcher Schritt würde eine radikale Änderung der fiskalischen Politik Englands sowohl mit anderen Staaten wie mit den britischen Ueberseeländern bedeuten.

Auf eine weitere Frage erklärte Dalton, die englische Regierung habe erst am vergangenen Montag offiziell Mitteilung von dem beabsichtigten deutsch-österreichischen Vertrag erhalten.

SPD. Paris, 25. März (Eig. Drahtb.)

Der Senat hat am Mittwoch einstimmig die Aufhebung der parlamentarischen Immunität des Senators Péret abgelehnt. Péret sollte wegen der Zeugenverweigerung vor dem Untersuchungsausschuss der Kammer gerichtlich belangt werden.

SPD. London, 25. März (Eig. Drahtb.)

Der Vorschlag Hendersons, die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion dem Völkerbundsrat zu unterbreiten, wird von dem "Daily Herald" als ein kluger Schritt bezeichnet, der von Berlin und Wien angenommen werden sollte. Zweifellos habe der Völkerbundsrat das Recht, zu prüfen, ob durch die Zollunion irgend ein internationales Abkommen verletzt werde.

SPD. Rom, 25. März (Eig. Drahtb.)

Die übertriebenen Forderungen der deutschen Landwirtschaftsparteien und des Reichsernährungsministers Schiele in der Zollpolitik zeigen bereits neue Rückwirkungen.

So haben die italienischen Ausfuhrverbände bei der Regierung bereits Protest gegen eventuelle Zollerhöhungen zugunsten der deutschen Landwirtschaft eingelegt. Sie weisen darauf hin, dass Italiens Ausfuhr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Deutschland durch die Zollerhöhungen schweren Schaden erleiden würde. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass die italienische Regierung in Abwehr tritt und die Zölle auf Deutschlands Industrieerzeugnisse erhöht, falls Schieles Zollprogramm auch nur zum Teil Wirklich würde. Das würde praktisch die Kündigung des bestehenden Handelsvertrages nach sich ziehen.

SPD. Bombay, 25. März (Eig. Drahtb.)

Die Hinrichtung der drei Inder in Lahore hat katastrophale Folgen hervorgerufen. Wilder denn je ist im ganzen Lande die nationalistische Bewegung aufgeflammt. Aus allen Teilen Indiens und vor allem aus den grossen Städten kommen Nachrichten über Trauerfeiern, die mit schweren Ausschreitungen und mit blutigen Kämpfen endeten. Die europäischen Geschäfte mussten geschlossen werden. Europäer wurden auf offener Strasse angegriffen und ihre Wagen verbrannt. An zahlreichen Orten musste Militär eingreifen.

Besonders heftig sind die immer noch andauernden Kämpfe in der Stadt Cawnpore, die zwischen Delhi und Allahabad liegt. In den hier stattfindenden Strassenschlachten zwischen Demonstranten und Militär wurden bis jetzt 30 Inder getötet und über 100 verletzt. Uebel sind auch die Folgen der Hinrichtung auf den in Karachi versammelten und entscheidenden allindischen Kongress, der zu dem Friedensschluss Stellung nehmen soll. Die Opposition unter Nehru ist stärker denn je. Gandhi wird von der nationalistischen Jugend verfolgt und wo er sich zeigt als Verräter angeschrien.

Die Eröffnung des Kongresses ist auf Sonntag verschoben worden, ein Beweis, wie schwer die Lage für Gandhi und die Friedensanhänger geworden ist.

SPD. Der Kriegsbeschädigtenausschuss des Reichstags nahm am Mittwoch eine Entschliessung an, wonach die Guthaben aus französischer Gefangenschaft, soweit es sich um Beträge von 10 und mehr Mark handelt, ausgezahlt werden sollen. Die Beträge unter 10 Mark sollen durch Vermittlung einer Stiftung zu Gunsten ehemaliger Kriegsgefangener verwendet werden. Zur Ablösung der Guthaben ist von Frankreich ein Betrag von rund 800 000 Mark an Deutschland überwiesen worden. -

Die Guthaben aus englischer Kriegsgefangenschaft sind sämtlich ausgezahlt. Die Guthabenscheine aus belgischer Kriegsgefangenschaft werden, wie die Arbeitsgemeinschaft der Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener mitteilt, demnächst aus Reichsmitteln eingelöst.

SPD. London, 25. März (Eig. Drahtb.)

Der Arbeiterabgeordnete und parlamentarische Unterstaatssekretär Thomas Johnston ist anstelle des verstorbenen Vernon Hartshorn zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt worden. Johnston steht im 50. Lebensjahr und ist einer der anerkanntesten Männer der englischen Arbeiterbewegung. Bereits 1907 gründete er eine sozialistische Wochenschrift, die im Kriege wegen ihrer pazifistischen Haltung unterdrückt worden war. Johnston wurde 1922 in Schottland zum erstenmal in das Parlament gewählt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Abschied für immer.

Zehntausende an der Bahre Hermann Müllers.

SPD. Treue um Treue! Seit Dienstag früh ergiesst sich in den Hof des Sozialdemokratischen Parteihauses in der Lindenstrasse zu Berlin ein nicht abreissender Strom von Parteifreunden, die kommen, um von ihrem Führer und Mitkämpfer Abschied zu nehmen.

Am Dienstag bei strömendem Regenwetter, am Mittwoch bei strahlendem Sonnenschein, die Kette reisst nicht ab. Am Mittwoch nachmittag stehen die Massen bis auf die Strasse hinaus, in dreifachen Gliedern zu vier und zu acht, und trotzdem die Trauernden nur für Sekunden in dem stillen Totenzimmer verweilen, kommt die Menge nur schrittweise vorwärts. Es ist eine ergreifende und machtvolle Demonstration, eine Demonstration, die in ihrer Stille und ihrem erschütternden Ernst stärker wirkt, als der flammendste Kampfaufmarsch. Eine kleine Ankündigung in der Presse genügte, um ein unübersehbares Heer der trauernden Mitkämpfer in Bewegung zu setzen. Auf dem Hof fällt kein lautes Wort. In gläubigem Schweigen stehen sie da: der Prolet aus dem Betrieb neben dem Angestellten, der kleine Mittelständler neben der Rentnerin, Strassenbahner, Polizeibeamte, Studenten und Schüler in bunter Reihe; ein Querschnitt durch das Volk von Berlin.

+

Der Hof des Parteigebäudes, in dem am Donnerstag nachmittag die grosse Trauerfeier für den verstorbenen Führer und Freund stattfindet, hat das Gewand des Todes angelegt. Schwarzes Tuch fällt von den Steinwänden zur Erde nieder und gibt der Stätte der Arbeit das Gesicht dieser feierlich-ernsten Stunde. Rotes Fahnentuch, das Symbol der grossen Arbeiterpartei, grüsst aus dem Schwarz der behangenen Mauern, Immergrün umkränzt das würdige Kleid der Trauer.

+

Auf einem Podest, der am Donnerstag nachmittag den Sarg Hermann Müllers tragen wird, hat sich ein Meer von Blüten und Blumen ausgebreitet. Hier türmen sich die Kränze zu einer fantastischen und bewegenden Symphonie des Frühlings inmitten quälender Todesschatten. Nelken, Lilien, Chrysanthemen und Immergrün, prächtiges Laubgewinde und flammend rote Schleifen, bedeckt mit den heissen Worten schmerzlicher und treuer Erinnerung. Viel schwarzrotgold sieht man, aber auch weisse und schwarze Trauerbänder. Einen flammend roten Kranz hat die Sozialistische Internationale für den Freund und Kampfgefährten niedergelegt. Man sieht prächtige Kränze des Parteivorstandes, des "Vorwärts", des "Soz. Pressedienst", der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen im Land, des Reichsbanners der preussischen Staatsregierung und vieler, vieler anderer. Besonders warm und menschlich sind die Abschiedsworte, die die Nürnberger Freunde ihrem engeren Kameraden widmen. Das Charlottenburger Reichsbanner, dessen Mitglied Hermann Müller war, sendet dem toten Kameraden ein letztes "Frei Heil", der ADGB grüsst seinen treuen Freund und Kampfgefährten.

Mittags erschien die hohe Gestalt des preussischen Ministerpräsidenten. Er legte den Kranz der preussischen Staatsregierung nieder. Eine Minute Schweigen. Ein Mensch nimmt Abschied von seinem toten Freund. Ihm folgt Albert Grzesinski, Berlins Polizeipräsident. Das Reichsbankdirektorium hat einen riesigen Lilienstrauss mit weissen Schleifen geschickt, schwarzrotgoldbeändert sind die Kränze der Reichsbahn, der Zentrumspartei und des Deutschen Studentenverbandes. Die Volkspartei ehrt den toten Hermann Müller durch einen Kranz mit schwarzer Schleife. Auch die Familie Friedrich Eberts gedenkt Hermann Müllers mit einem schönen Kranz.

+

Und während betäubender Blumenduft die windige Kühle des Vorfrühlingsstages durchzieht, während draussen die roten Fahnen auf halbmast wehen und schwarzes Tuch vielmeterlang zur Erde niederfließt, strömen die Massen unendlich und unabsehbar in das Totenzimmer. Die Menschenschlange bricht nicht ab. Es dunkelt schon, die Trauernden stehen immer noch, eine Mauer, bis auf die Strasse.....

Wenige Stunden noch - und es heisst für immer von Hermann Müller Abschied nehmen.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 25. März (Eig. Bericht)

Der Reichstag arbeitet mit Hochdruck in Dauersitzungen, um möglichst noch am Donnerstag sich vertagen zu können.

Am Mittwoch wurde die Aussprache über die Osthilfegesetze zu Ende geführt. Für die Volkskonservativen erklärte Graf von Westarp diese Gesetze als eine entscheidende Hilfe in dem geschichtlichen Ringen zwischen Deutschen und Polen um den deutschen Osten. Reichsminister Treviranus berechnet, dass von 1931 bis 1938 mindestens 950 Millionen Mark ausgegeben werden, ausserdem an Kreditmittel aus Haushaltsmitteln usw. 1140 Millionen Mark, im ganzen also etwa 2 Milliarden. Wenn dafür wenig Dank geerntet werde, so könne man sich damit trösten, dass auch die segensreiche Einrichtung der Generallandschaften vor 150 Jahren zu nächst wenig Anerkennung gefunden habe. Treviranus kündigte für die nächste Zeit Fortschritte in der Fürsorge für die Landarbeiter an. Die 3. Beratung der Gesetze und die Abstimmung wurden zurückgestellt.

Der Gesetzentwurf gegen Waffenmissbrauch, der das Mitführen von Hieb-, Stoss- und Stichwaffen ausserhalb der Wohnung oder des befriedeten Besitztums unter Strafe stellt, wurde in dritter Beratung angenommen. Die Kommunisten liessen erklären, dass sie in diesem Gesetzentwurf nur eine Entwaffnung der Arbeiter gegen die nationalsozialistischen Banditen sehen. Die Nationalsozialisten protestieren gegen dieses Gesetz und ähnliche Gesetze mit der Behauptung, nur die Rechte werde entwaffnet und "Rot Front" behielten ihre Waffen. Das Ziel der Gesetzgebung ist, allgemein die Waffen aus der Hand von Verbänden zu nehmen. Gefährliche Waffen gehören nur in die Hände der organisierten Staatsgewalt.

Zur dritten Beratung des Reichshaushaltsgesetzes für 1931 gab für die Sozialdemokratie der Abgeordnete Dittmann eine formulierte Erklärung ab, die noch einmal die Gründe für die sozialdemokratische Linie zusammenfasst (Anmerkung für die Redaktionen: Diese Erklärung muss in jedem Parteiblatt wörtlich abgedruckt werden. Wir verweisen auf den allgemeinen Bericht.). Die Kommunisten brachten einen Antrag ein, der Reichstag möge sich für die sofortige Haftentlassung der Stuttgarter Ärztin Frau Dr. Jacobowitz-Kienle einsetzen. Dieser Antrag findet auch bei der Sozialdemokratie volles Verständnis. Er ist aber wie so viele auf reine Agitation berechnete Anträge der Kommunisten undurchführbar. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hoegner setzte in einer Erklärung auseinander, dass der Antrag nicht nur einen Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren bedeute, den sich ein Parlament nicht zuschulden kommen lassen dürfe. Rechtlich habe weder die Reichsregierung noch eine Landesregierung oder Justizverwaltung das Recht, einen solchen Antrag durchzuführen. Die Sozialdemokratie stimmte also gegen den kommunistischen Antrag, nicht etwa weil sie dessen Absicht missbilligt, sondern weil er nicht den zweckmässigen Weg einschlägt. Es wird notwendig sein, durch entsprechende Kundgebungen in der Presse und sonst in der Öffentlichkeit den Protest des Volkes gegen das Stuttgarter Massengerichtsverfahren zum Ausdruck zu bringen.

Eine allgemein politische Rede hielt dann der christlichsoziale Abgeordnete Rippel. Er polemisierte scharf gegen die politische Unfruchtbarkeit der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen. Sehr spöttisch ging er mit der Wirth'schen Wahlreform ins Gericht, die der Reichstag hoffentlich nur beraten werde, wenn er durchaus nichts Besseres zu tun habe. Wichtiger sei die Heraufsetzung des Wahlalters. Jetzt würden reife Wähler durch politische Unmündige niedergestimmt. Der Kommunist Torgler hat für uns "Sozialfaschisten", uns "Kapitalknechte" ein neues Wort erfunden. Er nannte uns die "Brüning-Sozialdemokratie". Auch diesen neuesten kommunistischen Unsinn wird die Sozialdemokratie überstehen und ihre Mitglieder und Anhänger werden sich durch die kommunistische lügnerische Volksverhetzung nicht erschüttern lassen. Später sprach noch die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Dr. Schreiber-Krieger gegen den § 218.

Sie wies daraufhin, dass 3/5 der Berliner Ärztinnen und 80 % der Hamburger Ärzte sich gegen den heutigen gesetzlichen Zustand erklären hätten. Demnach würde der § 218 tausendfach übertreten. Das könne nicht mehr so weiter gehen. Das ganze öffentliche Gewissen müsse sich gegen diesen Zustand auflehnen. Um alle nur irgendwie denkbaren parlamentarischen Möglichkeiten auszunutzen, brachte die Sozialdemokratie schliesslich eine Entschliessung ein, die Reichsregierung möge auf das württembergische Justizministerium einwirken, damit der zuständige Staatsanwalt schleunigst den Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls gegen Frau Dr. Kienle stellt. Für diesen Antrag stimmten nach Ablehnung ihres eigenen Antrages, auch die Kommunisten. Er wurde angenommen.

Gegen 5 Uhr begannen zahllose Abstimmungen. Das Osthilfegesetz wurde in zweiter Beratung verabschiedet, die dritte Beratung wurde auf Donnerstag vertagt. Das Waffenmissbrauchsgesetz wurde in dritter Beratung angenommen. Ein Misstrauensantrag der Kommunisten gegen den Reichsfinanzminister Dietrich wurde abgelehnt. Die Wirtschaftspartei enthielt sich der Stimme. Angenommen wurde mit kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen ein Antrag, der die Aufhebung der Warenhaus- und Konsumvereinssteuer fordert. Dagegen wurde ein kommunistischer Antrag, die Demonstrationsverbote zum 1. Mai aufzuheben, auch von der Sozialdemokratie abgelehnt. Die Sozialdemokratie ist der Auffassung, dass bei der ausserordentlich gespannten Lage, die beinahe täglich Todesopfer auf den Strassen und in Versammlungsräumen hervorruft, eine Lockerung der Verbote im Interesse auch der Arbeiterklasse abzulehnen ist. Die Abstimmungen über die Bauraten für die Panzerschiffe waren auch in der dritten Beratung namentlich. Wieder enthielt sich die Sozialdemokratie der Stimme. Eine Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter verliess vor der Abstimmung den Saal, eine kleine Gruppe stimmte wiederum gegen den Fraktionsbeschluss. Der Gesamthaushalt wurde in namentlicher Abstimmung in dritter Beratung angenommen. Das Gesetz für eine Sparerermächtigung an die Reichsregierung wurde angenommen. Es enthält die von der Sozialdemokratie eingefügte Sicherung zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ansprüche aus der Sozialversicherung. Einen kommunistischen Antrag, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu machen, ergänzte die Sozialdemokratie durch den Antrag, auch den 11. August zum Feiertag zu erheben. Auf Antrag des Zentrums wurden diese beiden Anträge dem Rechtsausschuss überwiesen. Schliesslich wurde der Haushalt in dritter Lesung verabschiedet.

Der Reichstag beschäftigte sich dann noch mit dem Gesetz über Zolländerungen. Die Abg. Frau Sender (Soz) weist auf die drohenden Brotpreiserhöhungen und darauf hin, dass die Parteien, die die Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen geradezu gepachtet haben, die Arbeit im Reichstag eingestellt haben und es die Arbeiterschaft ist, die der Landwirtschaft jetzt die hilfreiche Hand reicht. Trotz aller Verhetzung hätten die grossen Massen der Verbraucher Verständnis für die Notlage der Bauern. Darum werde schliesslich auch die Landwirtschaft einsehen müssen, dass nicht Versprechungen für das Dritte Reich den Bauern helfen, sondern nur Zusammenarbeit der Bauern und der Verbraucher.

Am Ende der Debatte teilt Reichsernährungsminister Schiele mit, dass in den nächsten Tagen die Verordnung über die Ausmahlung von Roggen so geändert werde, dass an die Stelle der 60%igen die 70%ige Ausmahlungsquote trete. Durch diese Änderung muss die von der Regierung versprochene Verbilligung des Brotpreises eintreten.

Aus aller Welt

Todesanträge im Saffran-Prozess!

Tag der Plädoyers - Ein sensationeller Fund - Letzte Worte, letzte Beschuldigungen.

SPD. Bartenstein, 25. März (Eig. Drahtber.)

Im Bartensteiner Versicherungsmord-Prozess gegen Saffran und Genossen beantragte der Vertreter der Anklagebehörde, Oberstaatsanwalt Wittschirk, am Ende eines längeren Plädoyers gegen den Angeklagten Fritz Saffran wegen gemeinschaftlichen vollendeten Mordes die Todesstrafe, wegen des Mordversuches, der Brandstiftung und der Fälschungen eine Zuchthausstrafe von zusammen 12 Jahren; gegen Erich Kipnick die gleiche Strafe; gegen Ella Augustin wegen Beihilfe zum vollendeten Mord und versuchten Mord, Brandstiftung, Unterschlagung und Fälschung eine Zuchthausstrafe von zusammen 7 Jahren; gegen Johannes Augustin wegen Begünstigung der Brandstiftung eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten; gegen die Postschaffner Katzki und Schidlowski wegen Vergehens gegen § 354 Strafgesetzbuch je 3 Monate Gefängnis; für Reck Freispruch.

Der Staatsanwalt führte in seinem Plädoyer aus, dass er sich wohl bewusst sei, sehr harte Strafen beantragt zu haben, Aber: "Denken Sie auch an den Melker Dahl, dessen Ueberreste hier im Pappkarton liegen". Grossmannssucht, Egoismus und Rohheit seien die Motive des entsetzlichen Verbrechens von Rastenburg gewesen...

Noch ein Belastungsindiz.

Während der sich anschliessenden Plädoyers der Verteidiger meldet plötzlich ein Landjäger, dass es ihm gelungen sei, die Tasche des ermordeten Melkers Dahl aufzufinden. Das Gericht tritt nochmals in die Beweisaufnahme ein. Als Zeugen erscheinen 2 Fürsorgezöglinge, die erzählten, wie sie am Sonntag den 13. September, dem Tage nach der Ermordung des Dahl in einem Chausseeegraben zwischen Krausendorf und Luisenthal eine Aktentasche fanden, die sie für Zigaretten und Geld weiter verkauften. Sie haben jetzt aus der Presse davon erfahren, dass diese Tasche gesucht wird. Deshalb hätten sie sich an einen Landjäger gewandt, dem es auch tatsächlich gelungen ist, den jetzigen Besitzer der Tasche zu ermitteln. Die Aktentasche wird der Witwe des Ermordeten vorgelegt, sie erkennt sie als diejenige ihres Mannes wieder. Die Auffindung dieser Aktentasche ist insofern wesentlich, als dadurch die Darstellung des Angeklagten Saffran von dem Morde an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Saffran und Kipnick werden nochmals befragt und sagen aus, dass sie bei ihrer bisherigen Aussage bleiben müssten. Beide bestreiten also nach wie vor, die tödlichen Schüsse auf Dahl abgegeben zu haben.

Bereit zur Reue?

Die Angeklagten haben das letzte Wort. Schwer erhebt sich als erster Fritz Saffran von seinem Platz. Er sagt: "Ich bereue meine Tat und bin bereit, zu sühnen". Von Tränenströmen unterbrochen erklärt Ella Augustin: "Aus Liebe zu Saffran habe ich zu allem geschwiegen. Ich hätte viel verhindern können. Schlecht war Saffran nicht. Ich habe ihn in Kipnicks Hand gegeben, indem ich diesem von den Fälschungen erzählte". Kipnick, der solange mit aufgestütztem Kopf völlig apathisch dagesessen hat, steht nun auf und sagt: "Ich bereue meine Tat, ich habe dadurch mein Leben vernichtet. Ich lege mein Schicksal in die Hände des Gerichtes und der Geschworenen und bitte, mit Gelegenheit zu geben, zu beweisen, dass ich ein anständiger Mensch bin". Diese Redewendung bringt Ella Augustin so in Wut, dass sie kreischen Kipnick unterbricht: "Aber der Mörder sind Sie doch!"

Kipnick erwidert darauf zum Himmel zeigend: "Das wird Ihnen Gott im Himmel sagen, Sie haben ja noch einen Menschen auf dem Gewissen".

"Nautilus" getauft. Die Frau des Nordpolforschers Wilkins nahm im Hafen von New-York die Taufe des Nordpol-U-Bootes vor, mit dem Sir Hubert Wilkins seine Polarfahrt antreten will. An die Stelle des üblichen Champagner-Kübels war ein Fässchen mit Eis getreten, das am Bug des Unterseebootes zerschellt wurde. Die Worte der Taufrede: "Nautilus sei Dein Name, Schiff! Mögest Di bei Deinem wundervollen Abenteuer Erfolg haben. Ein heiliger Schatz liegt in Deinem Herzen. Bringe ihn mir zurück!" Dem Taufakt wohnte der Enkel des Romanschriftstellers Jules Verne bei, der in seinen "20 000 Meilen unter See" die Expedition vorausgeahnt hat. Der Enkel wird an der Fahrt teilnehmen.

Verbrecherkrieg in New York. In New York ist ein neuer Verbrecherkrieg ausgebrochen. Innerhalb von 36 Stunden wurden in verschiedenen Teilen der Stadt neun Verbrecher erschossen.

Zwei Flugzeuge abgestürzt. Bei einer Flugzeugparade über dem Flugplatz von Helsingfors stiessen am Mittwoch zwei Maschinen zusammen, und stürzten auf das vereiste Gelände ab. Beide Apparate wurden völlig zertrümmert; die Piloten verunglückten tödlich.

Autokatastrophe: sechs Tote. Bei Montpellier (Frankreich) stürzte das Auto des Grafen von Artois in einen Kanal. Der Graf, der den Wagen selbst steuerte, und fünf weitere Insassen kamen ums Leben.

Elli Beinhorn hat Pech. Die deutsche Afrika-Fliegerin Elli Beinhorn, die auf dem Heimflug aus Afrika plötzlich vier Tage lang vermisst wurde, ist völlig erschöpft zu Fuss in Timbuktu eingetroffen, nachdem sie einen mühseligen Fussmarsch durch die Wüste von über 50 Kilometer hinter sich hatte. Wegen Oelrohrbruchs hatte Elli Beinhorn in der Wüste notlanden müssen, konnte vorläufig aber vom Landungsort aus nicht mehr starten. Elli Beinhorn hofft, dass es doch noch möglich sein wird, dem Flugzeug eine Startbahn zu schaffen. Sollte das nicht gelingen, so ist mit dem Verlust der Maschine zu rechnen.

Tetzner gesteht endlich. Der wegen Raubmordes zum Tode verurteilte Kaufmann Erich Tetzner hat nunmehr gestanden, dass er den Wanderburschen, der seiner Geldgier zum Opfer fiel, erwürgt hat; danach setzte er die Leiche an das Steuer seines Autos und verbrannte sie. Den Namen des Ermordeten will Tetzner nicht wissen; es scheint aber, dass die Identität des Opfers jetzt als festgestellt gelten kann. Polizeiliche Ermittlungen lassen den Schluss zu, dass es sich um den Handwerker Michael Ascherl handelt, der sich am 3. November 1929 in Weiden (Bayern) bei seiner Schwester zu Besuch befand. Seitdem fehlt jede Spur von Ascherl.

Remarque-Film in Litauen. Seit Sonntag läuft der Remarque-Film "Im Westen nichts Neues" in der litauischen Hauptstadt Kowno. Der Andrang ist so gross, dass Tagesvorstellungen eingerichtet werden mussten.

Den Sohn erstochen. Am Mittwoch mittag erstach in Berlin O. der 68 jährige Rentenempfänger Heinrich Wippler seinen 24 jährigen Sohn Walter mit einem Küchenmesser. Die dauernde Arbeitslosigkeit des Sohnes hatte zu dem Streit geführt. Der Täter stellte sich der Polizei.



Getrennt - dennoch verpflichtet!

Reichsfinanzen und Arbeitslosenversicherung.

SPD. Ab 1. April ist die Arbeitslosenversicherung von den Finanzen des Reiches abgehängt. Von da ab soll sie zunächst selber sehen, wie sie weiter kommt. Das hat zur Folge, dass sich die Reichsanstalt im Augenblick bei der Reichsbank um einen Zwischenkredit für die Arbeitslosenversicherung bemüht. Grundsätzlich ist bei diesen Verhandlungen bereits eine Einigung erzielt. Verhandelt wird nur noch über die von der Reichsbank als Gegenleistung für ihre Hilfe geforderte Zentralisierung des Geldverkehrs der Reichsanstalt bei der Reichsbank.

Die Reichsanstalt braucht für die Monate April, Mai und Juni einen Zuschussbedarf von etwa 80 Millionen. Die Mittel des ablaufenden Etatjahres der Anstalt sind aufgebraucht, und die Arbeitslosenziffer steht im Augenblick noch sehr hoch. Erst die Sommermonate können, wenn die saisonmässige Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten ist, für die Reichsanstalt Zuschussmonate sein und durch stärkeren Eingang von Beiträgen wieder genügend Mittel zur Unterstützung bringen. Es fehlen also der Reichsanstalt für April etwa 40 bis 50, für Mai 20 bis 25 und für Juni noch einige Millionen. Es handelt sich nur um eine Uebergangsfinanzierung, und die Reichsanstalt rechnet damit, dass sie vom Juli ab den Vorschuss, den ihr die Reichsbank gibt, wieder zurückerstatten kann. Der Vorschuss macht der Reichsbank keine Schwierigkeiten, da die Kreditreserve von der Wirtschaft zur Zeit nur in beschränktem Masse in Anspruch genommen wird.

Trotzdem muss schon jetzt im Zusammenhang mit dieser Zwischenfinanzierung rechtzeitig auf drohende Gefahren hingewiesen werden. Alle Welt hofft, dass wenigstens in diesem Jahr der furchtbare Druck der auf dem Arbeitsmarkt lastet, allmählich schwindet. Sehnsüchtig erwartet das Heer der Arbeitslosen den Rückgang der Sintflut. In der Wirtschaft ist man vielfach der Ansicht, dass der Tiefpunkt erreicht ist. Hoffentlich behält der Optimismus recht. Allein hoffen und glauben ist noch kein Wissen. Niemand kann sagen, ob wir in diesem Jahr bereits eine fühlbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen haben. Wenn diese fühlbare Entlastung nicht eintritt... was dann? Dann wird die Reichsanstalt unter Umständen den von der Reichsbank geliehenen Vorschuss nicht zurückzahlen können. Die massgebenden Stellen glauben, im neuen Etatjahr der Reichsanstalt mit 6½% Beitrag auszukommen. Ob die Vorschätzung genau zutrifft, ist schwer zu sagen. Jedenfalls ist zu beachten, dass zunächst die scharfen Lohnkürzungen und die Kurzarbeit eine Verringerung der Beitragseinnahme für die Arbeitslosenversicherung herbeiführen müssen. Niemand kann ferner sagen, ob nicht im Laufe des Jahres Nationalsozialisten und Kommunisten neue Totten begehen, ob der latente Bürgerkrieg eingestellt oder verschärft wird. Wir hoffen das beste. Allein wenn die Taube wieder in die Arche zurückkehren muss, wenn die Sintflut nicht kräftig genug zurückgeht, wenn die Arbeitslosenversicherung mit ihren Beitragseinnahmen nicht auskommt, dann - wir wollen das recht laut und deutlich sagen - bleibt das Reich, das jetzt seine Finanzen von denen der Arbeitslosenversicherung getrennt hat, nach wie vor für den Arbeitslosenschutz verpflichtet.

Die Trennung der Reichsfinanzen von denen der Arbeitslosenversicherung

kann niemals eine Loslösung des Reiches von seiner moralischen und gesetzlichen Verpflichtung zur Finanzhilfe gegenüber der Reichsanstalt bedeuten. Wenn das Reich die Arbeitslosenversicherung von seinen Finanzen zunächst abgehängt hat, weil es sich etwas Luft schaffen will, weil es mit der Ordnung seiner Finanzlage vor allem auch das Vertrauen des Auslandes sich wiedergewinnen und sichern will, und wenn es deshalb gerade jetzt für die direkte Gewährung eines Zwischenkredits an die Reichsanstalt nicht zu haben war, so ist es damit gegenüber der Arbeitslosenversicherung niemals seiner Pflicht zur Hilfe entbund~~en~~. Das Reich muss nach wie vor, wenn der Bedarf der Reichsanstalt aus den Beiträgen und aus dem Notstock nicht völlig gedeckt werden kann, Darlehen gewähren. An dieser Pflicht kann und darf nicht gerüttelt werden. Darauf schon jetzt mit allem Nachdruck hinzuweisen, ist deshalb angebracht, weil sicherlich gewisse Leute mit dem Gedanken umgehen, eines Tages, wenn die Reichsanstalt von neuem in Finanzschwierigkeiten geraten sollte, einen neuen Leistungsabbau erzwingen zu können. Die freien Gewerkschaften gehen - das kann in diesem Augenblick nicht scharf genug herausgestellt werden - niemals davon ab, dass das Reich gesetzlich und moralisch zur Hilfeleistung an die Arbeitslosenversicherung verpflichtet ist.

Die Hilfspflicht des Reiches liegt auch in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse. Die Arbeitslosenversicherung ist ja nicht nur eine Versicherung der Arbeiter und Angestellten gegen äusserste Not und nicht nur eine Absatzversicherung für die Industrie - wovon in der Unternehmerpresse sehr wenig zu lesen ist - sondern auch eine Staatsversicherung. Ohne Arbeitslosenversicherung wäre Deutschland durch den letzten Winter nicht durchgekommen. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat die Arbeitslosenhilfe dieses Winters als eine soziale Grosstat gepriesen - mit Recht, und der Reichsminister Treviranus hat erst dieser Tage auf einer Kundgebung in Hamburg erklärt: "Bei fünf Millionen Arbeitslosen haben wir es nur der Arbeitslosenversicherung und der allgemeinen Fürsorge zu danken, wenn der letzte Winter ohne Bürgerkrieg überstanden wurde." Und wieviel Milliarden kostet ein Bürgerkrieg?

Das Reich hilft sich nicht zuletzt selbst, wenn es der Arbeitslosenversicherung beispringt. Hat es in diesen Tagen der Reichsanstalt in der Zwischenkreditfrage nicht geholfen, dann hoffentlich - einmal und nicht wieder.

SPD. Bei den Wahlen zum Betriebsrat der Bremer Wollkammerei Blumental erhielten die freien Gewerkschaften 6 (im Vorjahr 6) Sitze, die Christen 2 (2), die Kommunisten 5 (6). Trotz wüstester Hetze der RGO haben die Kommunisten ein Mandat eingebüsst.

+ + +

Bei den Arbeiterratswahlen der Bremer Strassenbahn konnten die freien Gewerkschaften einen schönen Erfolg buchen, während die Nazi-Grossmäuler leer ausgingen. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 1201, davon erhielten die freien Gewerkschaften 915 (10 Sitze), die Christen 110 (1), die Stahlhelmselfhilfe 102 (1) und die Nationalsozialisten 55 (keinen Sitz). Die Kommunisten hatten aus Angst vor einer Niederlage es nicht gewagt, eine Liste aufzustellen.

Auch diese Wahl zeigt, dass die nationalsozialistische "Arbeiterpartei" unter der Arbeiterschaft keinen Anhang hat,

SPD. In der Forster Tuchindustrie (Lausitz) ist ein Streik ausgebrochen, weil die Arbeitgeber nicht nur am Tariflohnabbau verdienen, sondern darüber hinaus auch den Akkordarbeitern ein besonderes Schnippchen schlagen wollen. Der Schlichtungsausschuss in Cottbus hatte einen Schiedsspruch gefällt, der

einen Abbau der Tariflöhne der Lausitzer Tuchindustrie um 6% vorsah. Der Spruch wurde auf Antrag der Arbeitgeber für verbindlich erklärt. Die Unternehmer in Forst glaubten jedoch noch ein besonderes Geschäft machen zu können. Sie boten den Webern einen Akkordtarif an, der einen Abbau der Akkordstücklöhne in Höhe von 7 bis 25% vorsieht, trotzdem sie bei den am 27. Januar 1929 und am 3. April 1930 erfolgten Tariflohnerhöhungen keine entsprechende Erhöhung der Akkordstücklöhne eintreten, sondern einfach die alten Sätze bestehen liessen. Dadurch hatten sie die Akkordarbeiter von jeder Lohnerhöhung ausgeschlossen.

Bei Tariflohnerhöhungen keine Erhöhung der Akkordstücklöhne, bei Tariflohnabbau dagegen ein noch schärferer Abbau der Akkordstücklöhne - das ist die Parole der Arbeitgeber in Forst - Man sieht, die Tuchfabrikanten kranken nicht an Bescheidenheit. Dass sich die Arbeitnehmer einen derartig rigorosen Lohnabbau nicht bieten lassen können, versteht sich von selbst. Die Akkordarbeiter haben daher in zwei Betrieben ihr Arbeitsverhältnis gekündigt. Soweit nur eintägige Kündigungsfrist besteht, befinden sich die Arbeitnehmer bereits seit Mittwoch in Streik. Lenken die Arbeitgeber nicht ein, dann ist mit einer Verschärfung des Kampfes, der bereits 800 Tuchmacher umfasst, zu rechnen.

SPD. Am Mittwoch hat Dr. Völckers in der von ihm erzwungenen Schlichterkammer für den Lohnabbau in der schlesischen Textilindustrie einen Schiedsspruch verkündet, den er allem Anschein nach bereits fix und fertig zu den Verhandlungen mitgebracht hat. Sein Schiedsspruch sieht folgende Regelung vor: Die Ecklöhne der schlesischen Textilarbeiter werden um 6% gesenkt, alle übrigen nach dem bisherigen Schlüssel. Die bisherige Akkordsicherungsklausel wird gestrichen und dafür eine Bestimmung getroffen, die das gesetzlich verankerte Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte völlig beseitigt und den Unternehmern einen weiteren Abbau der Akkorde und damit eine weitere Lohnsenkung noch mehr erleichtert. Die bisherige 15%ige Akkordsicherungsspanne wird auf 12% gesenkt. Die Bestimmung, dass dort, wo bereits höhere Löhne gezahlt werden, diese nicht gedrückt werden dürfen, wird ebenfalls gestrichen. An ihre Stelle tritt eine Kautschukbestimmung, mit der die Unternehmer machen können, was sie wollen.

Der Lohnabbaufavorit Dr. Völckers hat also allen Anträgen der Unternehmer Rechnung getragen und auf der andern Seite alle Anträge der Arbeitnehmer, ohne sie auch nur einer Beachtung zu würdigen oder zu erörtern, abgelehnt. Die schlesische Textilarbeiterschaft wird auf diesen herausfordernden Schiedsspruch die gebührende Antwort geben.

SPD. Bei den Betriebsrätewahlen im Kölner Bezirk haben die Freien Gewerkschaften bis jetzt gut abgeschnitten. Die Nazis sind so gut wie ganz ausgefallen. Sie erhielten z. B. bei den I. G. Farbenwerken in Wiesdorf-Leverkusen nur 146 Stimmen und keinen Sitz. Die RGO konnte nur in der Chemischen Industrie einige günstige Ergebnisse buchen, aber auch hier gelang es ihr nicht, die Mehrheit der Betriebsräte zu erreichen. - In der grossen Schokoladenfabrik Gebr. Stollwerk erhielten die Freien Gewerkschaften 1062 Stimmen (im Vorjahr 996); die Nazis 56 Stimmen. Die RGO brachte keine Liste zustande. In der Textilindustrie wurde bei der Färberei Römer in Leichlingen die RGO aus ihrer beherrschenden Stellung verdrängt. Die freien Gewerkschaften erhielten 4, die Kommunisten 2 Sitze.

Schlecht abgeschnitten hat die RGO in der Metallindustrie. Bei Westwaggon in Köln-Deutz erhielt sie 4 Sitze (im Vorjahre 5), die Liste der Freien Gewerkschaften 6 (6).

Wirtschaft Technik Handel

Industrie- und Handelstag.

Antworten, die man nicht hörte.

SPD. Die Jahresversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstags, die am Mittwoch in Berlin stattfand, erhielt ihre Bedeutung durch eine programmatische Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning. Der Kanzler erntete bei der grossen Versammlung reichen Beifall. Und doch werden viele Teilnehmer der Generalversammlung unbefriedigt von dannen gegangen sein.

Das ist erklärlich. Der Industrie- und Handelstag ist der Spitzenverband unserer Industrie- und Handelskammern. Auf der Jahresversammlung des Industrie- und Handelstages treffen sich die Repräsentanten der industriell und gewerblichen Selbstverwaltung. Wie keine andere Körperschaft ist der Industrie- und Handelstag berufen, zu sagen, was eigentlich ist. In solchen Augenblicken kommt es darauf an, zu zeigen, wohin man zu gehen hat und wohin man gehen will. Für einen kleinen Ausschnitt von Fragen tat das vielleicht das Mitglied des Reichswirtschaftsrats und des Präsidiums des Industrie- und Handelstags Dr. Hamm, der sich gegen die übertriebenen agrarischen Forderungen mit dem Hinweis wandte, dass Deutschland als Industriestaat exportieren müsse und dass Deutschland zur Förderung dieses Exports einer "aufgeschlossenen" Handelspolitik bedürfe. Die deutsche Landwirtschaft könne eben nicht den bisher aus dem Ausland gedeckten Bedarf befriedigen. Zollerhöhungen müssten den inländischen Preisstand steigern und damit die deutsche Ausfuhr und die inländische Kaufkraft aufs schärfste treffen. Nach Holland, Dänemark und Finnland gehen aber jährlich deutsche Waren im Werte von 1,8 Milliarden Mark, nach Frankreich, Italien und den übrigen Südländern für 1,9 Milliarden, mit einem Gesamtüberschuss von 1,7 Milliarden. Da das Hereinwachsen inländischen Marktbedarfs in die entstehenden Lücken nicht zu erwarten ist, führten der Ausfuhrückgang, ja schon eine Erschütterung der handelspolitischen Verhältnisse unmittelbar und sofort zum Beschäftigungsrückgang.

Hamm's Ausführungen sind sicherlich ein angebrachter Protest gegen die Illusionen unserer Agrarführer, die den deutschen Markt völlig vom Weltmarkt lösen wollen, ohne auch nur mit einem Wörtchen zu sagen, wie die dadurch angerichteten Schäden zu reparieren sind. Mit diesem Protest hatte sich aber die Aktivität des Industrie- und Handelstages sozusagen erschöpft. Aber wenn der Vorsitzende des Industrie- und Handelstages, von Mendelssohn, die heutige Krise dahin kennzeichnet, "dass einem Ueberfluss von Lebensmitteln und Rohstoffen, Produktionsmitteln und Arbeitskräften menschlicher und mechanischer Art verringert Verbrauch und Absatz und nicht weniger als 20 Millionen Arbeitssuchende, die in kümmerlicher Enge ihr Leben fristen, gegenüberstehen," waren die Erwartungen schon berechtigt, dass die repräsentative Vertretung der deutschen industriellen Wirtschaft hierauf eine andere Antwort gab als die, die sie am Mittwoch gegeben hat, Bringt man die Mendelssohn'schen Ausführungen in eine andere bekannte Formulierung, so heisst das: Hunger bei vollen Scheunen! Kann dagegen die vom Reichskanzler Dr. Brüning in seiner Ansprache aufgezeigte Politik einer stärkeren Bildung von Privatkapital helfen oder das Mendelssohn'sche Rezept einer Begünstigung des Kapitalsdienstes gegenüber dem Lohn für die menschliche Arbeitskraft? Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen das verneinen und Brüning und von Mendelssohn nährten hier am Mittwoch Hoffnungen, die

schon einmal, im Rahmen der Kapitalsneubildungspolitik, zuschanden geworden sind. Kommt man weiter, wenn man, wie der Präsident der Mannheimer Handelskammer Dr. Lenel vorschlug, den Gedanken der Arbeitslosenversicherung überhaupt suspendiert und dem deutschen Unternehmer ein indirektes Geschenk mit dem Versicherungsbeitrag macht? Wenn man die Verbindlichkeitserklärung -ebenfalls ein Vorschlag von Lenel - abschafft oder sie zumindest auf die für die Allgemeinheit lebenswichtigen Betriebe beschränkt? Wenn man die Invalidenversicherung beschneidet und die Leistungen der Unfallversicherung drosselt? Oder wenn man die Lohnabbauwelle weiter treibt?

Die Industrie hat auf dieser Tagung nicht so hysterisch von der "wirtschaftlichen Notwendigkeit" des Lohnabbaus gesprochen wie noch vor Monaten. Was kein Zufall ist. Sie hätte unter Umständen die Bilanz des Lohnabbaus des vergangenen Winters ziehen müssen und diese Bilanz wäre gegen die Lohnabbaupolitik und für die Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften ausgefallen. Wir hätten gewünscht, der Reichskanzler Dr. Brüning wäre in seiner Ansprache, als er über die Unbeweglichkeit des Preisniveaus sprach, nur etwas deutlicher geworden. Dann hätte er sagen müssen, dass man wohl die Löhne, aber nicht die Preise abgebaut hat. Nach den Erfahrungen der letzten Monate ist es vergebliches Bemühen, die Krise in Deutschland durch die "zu hohen" Löhne erklären zu wollen. Man könnte sie ebenso gut damit erklären, dass die Industrie zu viel Aufträge auszuführen hat. Es geht auch nicht an, alles, was schliesslich in der wirtschaftlichen Entwicklung bedingt ist, auf den Youngplan abwälzen zu wollen. Selbstverständlich beeinflussen die Reparationszahlungen die Wirtschaftsentwicklung hüben und drüben ungünstig. Sie aber für die Weltwirtschaftskrise allein oder auch nur vorzugsweise verantwortlich machen zu wollen, ist geradezu hirnverbrannt. Die Reparationsfrage ist ein Teilproblem. Das Hauptproblem ist aber die Tatsache, dass man bei vollen Scheunen hungert, dass man Rohstoffe und Lebensmittel in Ueberfluss hat und die Produktion dieser Güter abstoppen muss, während 20 Millionen, die gern arbeiten wollen, nicht arbeiten können und hungern müssen. Das ist eine Frage, für die einzelne Wirtschaft gesehen, der Bedarfsdeckung und, für die Weltwirtschaft gesehen, eine Frage der internationalen Zusammenarbeit. Die Krise, die 20 Millionen arbeitslos macht, ist Ausdruck des kapitalistischen Systems, das ungehemmt Produktivkräfte entwickelt, aber keine gerechte Verteilung des Arbeitsprodukts schafft. Deshalb die berechtigte Forderung nach Umformung unserer Wirtschaftsordnung im Sinne des Sozialismus, des Marxismus.

Von all dem hat man natürlich auf dem Industrie- und Handelstag nicht gesprochen. Aber man hat wieder mal von dem "Irrtum der Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften" geredet. Man hätte das nicht tun sollen. Denn der Beweis, dass die Lohnabbautheorie der deutschen Unternehmer Unfug ist und die Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften Recht hat, ist mit der Zeit recht deutlich geworden. Man kann von Vertretern des kapitalistischen Systems nun nicht erwarten, dass sie sich für das sozialistische Wirtschaftsideal erwärmen. Aber man hätte vom Industrie- und Handelstag verlangen können, dass er das sieht, was nicht zu übersehen ist, nämlich die Irrwege, die das kapitalistische System im Zeichen der Ueberrationalisierung, des Lohnabbaus und der Kaufkraftdrosselung gegangen ist. Auf diesem Irrweg kann sich auch die kapitalistische Wirtschaft nicht wieder erholen. Es wäre angebracht gewesen, wenn sich der diesmalige Industrie- und Handelstag zu der Notwendigkeit einer Liquidierung dieser Irrungen bekannt hätte. Der Zustand der Wirtschaft zeigt: es ist die höchste Zeit, dass das geschieht.

SPD. Der Reichsbankausweis für die Woche vom 23. März zeigt weiter einen stärkeren Zufluss an Devisen. Während die Goldbestände unwesentlich, um etwa 100.000 Mark auf 2.286,1 Millionen Mark abnahmen, wuchsen die Devisenbestände um 13,4 auf 222,6 Millionen an. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 56,7 % in der Vorwoche auf 60,7 %, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 62,9 auf 66,6 %.

Die Entlastung der Bank hat sich fortgesetzt und zwar schränkte sich die Kreditgewährung um nicht weniger als 160 Millionen auf 1663 Millionen Mark ein. Stark sind auch die Bestände an Handelswechseln und Schecks zurückgegangen. Der Rückgang beträgt 161 Millionen Mark, wodurch die Bestände auf 1465,4 Millionen sinken. In der gleichen Woche des Vormonats verringerten sich die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 83,5 Millionen auf 1525,6 Millionen Mark.

SPD. Am Mittwoch haben zwischen Vertretern des Reichsernährungsministeriums und der Berliner Bäckermeister Verhandlungen über die Brotpreiserhöhung stattgefunden, denen man allgemeine Bedeutung zuspricht. Zu einem Ergebnis ist man nicht gekommen. Allem Anschein nach werden die Bäckermeister fürs erste die Forderung nach einer Brotpreiserhöhung zurückstellen. Dabei nimmt man an, dass das Reichsernährungsministerium die Roggenausmahlung von 60 auf 70 % erhöht. Das wäre gleichbedeutend mit einer Ersparnis für die Bäckermeister von etwa 2 Pfennigen pro Kilogramm.

SPD. Das am 31. März d. J. ablaufende Kraftfahrzeugsteuergesetz ist bis zum 1. April 1933 verlängert worden, und zwar mit folgenden Änderungen:

Die Steuer für elektrisch oder mit Dampf betriebene Fahrzeuge sowie für Zugmaschinen ist etwas erhöht, der Zuschlag für nichtluftbereifte Kraftomnibusse und Lastkraftwagen ist verdoppelt worden. Die Steuer für Probefahrtenkennzeichen, die für Kraftfahrzeuge jeder Art gelten, ist herabgesetzt.

Im übrigen sind Änderungen im Steuertarif nicht erfolgt. Steuerkarten, deren Gültigkeitsdauer vor dem 1. April d. J. beginnt, werden von den Änderungen nicht betroffen.

Neu ist die Besteuerung der Anhänger an Lastkraftwagen mit Antrieb durch Verbrennungsmaschine. Die Steuer beträgt auf die Dauer eines Jahres für 1 Steuerkarte, die zum Mitführen eines Anhängers berechtigt, 110 Mark; für eine Karte, die zum Mitführen von 2 Anhängern berechtigt, 220 RM. Für einachsige Anhänger ermässigt sich die Steuer auf die Hälfte. Für Anhänger, die vor dem 1. April d. J. mitgeführt werden und auch weiterhin mitgeführt werden sollen, ist eine Steuerkarte für die Zeit vom 1. April 1931 ab zu lösen.

SPD. Köln, 25. März (Eig. Drahtber.)

Der Verlauf der diesjährigen Frühjahrsmesse in Köln hat gezeigt, dass die regionale Messe keine Zukunft mehr hat. Dagegen hofft man in den Kölner Messerkreisen auf Einbeziehung von Köln in die Internationale Messe.

SPD. Die Büros und Kassen der Reichshauptbank werden am Sonnabend, den 4. April, den ganzen Tag geschlossen sein.

SPD. Der Jahresbericht der Commerz- und Privatbank stellt an die Spitze der allgemeinen Ausführungen die Feststellung, "dass die sogenannte Rationalisierung der Betriebe sich vielfach als Fehlschlag ausgewirkt habe und die bei vielen Unternehmungen eingetretenen finanziellen Schwierigkeiten als die unausbleibliche Folge des aus der geschwächten Kaufkraft weiter Bevölkerungskreise sich ergebenden Absatzrückganges anzusehen sei."

Der Geschäftsumfang der Commerz- und Privatbank ist im Verhältnis weniger zusammengeschrumpft als bei anderen Grossbanken: die Bilanzsumme hat sich um 72 auf 1805 Millionen verringert, die Summe der fremden Gelder ist um 97 auf 1489 Millionen zurückgegangen, die durch Eigenakzept besorgten Mittel sind um 29 auf 109 Millionen gestiegen. Bei den Wechselbeständen ergab sich eine Verringerung um 29 auf 362 Millionen, dagegen sind die Vorschüsse auf lagernde und schwimmende Ware durch den günstigen Aussenhandel wie bei allen Grossbanken um 13 auf 265 und die Schuldner in laufender Rechnung von 25 auf 809 Millionen Mark gestiegen. Auch bei der Commerz- und Privatbank zeigen die Börsendarlehen nach einem Rückgang von 35 auf 90 Millionen einen rekordmässigen Tiefstand.

Der Rückgang der Einnahmen um insgesamt 2,5 Millionen wird aber durch einen Rückgang der Ausgaben bei Handlungskosten und Steuern um 3,8 Millionen Mark übertroffen. Auch hier zeigt sich, dass die Grossbanken ihre Dividendenkürzung in erster Linie zur Bildung stiller Reserven vorgenommen haben. Bei der Commerz- und Privatbank ergibt sich ein Reintüberschuss von 12 gegen 10,8 Millionen im Vorjahr. Nur durch die offene Abschreibung von 4,6 Millionen auf eigene und Konsortialpapiere verringert sich der Reingewinn auf 7,4 Millionen, aus dem für 1930 = 7% Dividende statt 11% im Vorjahr verteilt werden.

Obwohl die Zahl der Konten von 317 000 auf 338 000 gestiegen ist, wurde das Personal von 8525 auf 7601 Angestellte verringert. Auch hier werden die Gehälter ab 1. Januar um 6% gekürzt trotz der Mehrleistung der Belegschaft. In der Commerz- und Privatbank sind besonders kleinliche Sparkommissare überall am Werk und der Druck auf das Personal ist wohl in keiner Grossbank so stark wie hier. Dafür ist kennzeichnend, dass in der Berliner Zentrale und in Berliner Depositenkassen heute nur ebensoviel Personal beschäftigt wird wie vor zwei Jahren, als die Mitteldeutsche Creditbank noch nicht angeschlossen war. (Darf nicht vor Freitag veröffentlicht werden.)

SPD. Der Jahresbericht der Darmstädter und Nationalbank (Danat) macht für die deutsche Wirtschaftskrise in allererster Linie die schwere politische Beunruhigung des In- und Auslandes durch die Wahlen vom 14. September verantwortlich.

Deutschland hätte in dem Ablauf der Weltwirtschaftskrise eine vorteilhafte Sonderstellung erwarten dürfen, denn das Ausland war geneigt, das dort unverwendbare Kapital Deutschland zur Verfügung zu stellen, wobei die notwendige Verbilligung der deutschen Zinsleistungen mit Sicherheit hätte erkämpft werden können. Im zweiten Halbjahr habe sich Deutschland durch die innerpolitischen Vorgänge von diesen günstigen Aussichten weit entfernt. Der jähe Zusammenbruch des Vertrauensverhältnisses zwischen in- und ausländischem Kapital, schliesslich die Parole "Rette sich wer kann", habe den Zusammenbruch zahlreicher Unternehmungen und gleichzeitig die Freisetzung grosser Mengen arbeitsfreudiger Menschen bewirkt. Die gewaltigen landesflüchtigen Beträge, die grossen Kreditkündigungen des Auslandes und der mehmonatige, zeitweilige panikartige Verkauf deutscher Aktien und Obligationen durch das Ausland hätten eine entschiedene Verringerung der Investitionstätigkeit zur Folge gehabt. Die Situation wurde durch die notwendig gewordene einschneidende Drosselung der Aufträge der öffentlichen Hand noch verschärft.

Wir haben diesen Feststellungen nichts hinzuzufügen.

Bilanz und Gewinnrechnung der Darmstädter und Nationalbank für das Jahr 1930 zeigen zwar einen gewissen Rückgang der Geschäfte, aber doch auch die überraschende Tatsache, dass die Reinüberschüsse nicht kleiner, sondern eher grösser waren und dass die Danat die vorjährigen 12% Dividende leicht hätten zahlen können. Zinsen und Provisionen sind zwar um 1,4 auf 71,3 Millionen zurückgegangen, dafür ergibt sich aber bei Verwaltungskosten eine Senkung um 3,6 auf 53,1 und bei Steuern sogar eine Senkung um 4 auf 3,2 Millionen. Mindereinnahmen von 1,4 stehen Minderausgaben von 7,6 Millionen gegenüber. Aus dem Ueberschuss können offene Abschreibungen von 10 Millionen auf eigene und Konsortialpapiere vorgenommen werden; auch dann bleibt noch ein Gewinn von 8,17 Millionen Mark, von dem für die von 12 auf 8% gesenkten Dividenden nur 4,8 Millionen erforderlich sind. Diese überraschend grossen Gewinne sind dem glänzenden Pfandbrief- und Obligationsgeschäft des ersten Halbjahres und den um nicht weniger als um 60% gesenkten Steuerlasten zu danken. Es war wirklich überflüssig, dem durch die Vermehrung der Filialen und Depositenkassen stärker angespannten Personal ab 1. Januar eine sechsprozentige Gehaltskürzung aufzuzwingen.

Druck auf den Roggen.

(Berliner Getreidebörse vom 25. März.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse wurde am Mittwoch ausschliesslich von Erwägungen über Massnahmen der Regierung beherrscht. Da man mit einer Weizenzollermässigung und einer Herabsetzung des Beimahlungszwanges nicht rechnet und da das Angebot knapp und die Nachfrage der Mühlen rege blieb, ergaben sich für Weizen sowohl am Markte der Zeitgeschäfte wie auch im Prompthandel Preissteigerungen von 4 bis 5 Mark. Roggen war gleichfalls fest veranlagt; jedoch verhinderten hier Abgaben der zweiten Hand, dass die Preissteigerungen über 1 bis 1½ Mark hinausgingen. Für Weizenmehl waren die Forderungen der Mühlen teilweise bereits um 25 Pfennig erhöht. Im Handel mit Roggenmehl herrschte Unsicherheit, da man eine Erhöhung der Ausmahlungsgrenze für möglich hielt. Hafer hatte etwas festere Tendenz.

	24. März	25. März
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	277 - 279	278 - 280
Roggen	179 - 181	180 - 182
Braugerste	222 - 232	226 - 236
Futter- und Industrierogerste	206 - 222	208 - 225
Hafer	158 - 162	159 - 163
Weizenmehl	33,75-40,00	34,25-40,25
Roggenmehl	25,25-28,90	25,50-29,00
Weizenkleie	13,30-13,60	13,30-13,60
Roggenkleie	12,50-12,75	12,50-12,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 297½-297 (Vortag 294), Mai 297½-297 (293), Juli 296½ (291½), Roggen März 197 - 196 (196), Mai 196½-196 (195½), Juli 196 - 195½ (194). Hafer März 168 - 170 (167), Mai 176 - 177 (174½), Juli 184 - 185 (-).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 25. März 1931.

Das Benefiz.^x

SPD. Der Mime von heute, den Gastspielverpflichtungen nach den verschiedenen Teilen des Reiches führen, lässt durch seinen Agenten einen Schlafwagenplatz bestellen, besteigt am Abend den Zug und ist am nächsten Morgen an Ort und Stelle. Er begibt sich ins Theater, wohnt einer Durchsprechprobe bei, macht am Nachmittag einen Rundgang durch die fremde Stadt und steht Abends auf der Bühne, als wäre er immer dort gewesen. Ganz anders war es noch vor einigen Generationen. Es ist die Dämonie der Technik, die den Menschen von heute ohne Beziehung zur Strecke des Weges, die er zurücklegt, an den Ort seiner Bestimmung führt, die das Entfernte verbindet und das zwischen zwei Zielpunkten Liegende ausschaltet und nicht einmal in unser Bewusstsein gelangen lässt. Eine Begebenheit wie die hier geschilderte, die der Chronist aus dem Leben des berühmten Schauspielers Ludwig Devrient erzählt, könnte sich darum im zwanzigsten Jahrhundert kaum noch ereignen, selbst wenn die gleichen äusseren Umstände gegeben wären....

+ + +

An einem März morgen - es mochte zwischen neun und zehn Uhr sein - fuhr vor nahezu hundert Jahren in Landsberg an der Warthe eine Postkutsche ein. Die Räder waren vom Schlamm der Landstrasse bespritzt, die Pferde müde und abgetrieben. Als der Wagen hielt, kletterte der Postillon von seinem hohen Sitze herab, der Wirt trat vor die Schenke, und seine herbeieilenden Knechte spannten das Geschirr aus, um die Pferde zu wechseln. Der Vorhang des Postkutschenfensters wurde aufgezo gen; das scharfe Profil eines Fremden zeigte sich hinter den Scheiben; spä hende kluge Augen blickten auf den Kreis der Neugierigen, die sich um den Wagen geschart hatten. Es war Ludwig Devrient, der - auf dem Gipfel seines Ruhmes stehend - sich auf einer Reise nach Königsberg befand, um dort ein Gastspiel zu geben. Während der Kutscher mit den Pferdeknechten verhandelte, stieg Devrient langsam und würdevoll aus dem Postwagen und betrat über die drei Steintreppen die von der Morgensonne beleuchtete Gaststube. Er setzte sich an einen der langen Holztische und forderte eine Flasche Wein. Als er den Blick durch den Raum wandern liess, an dessen Wänden vergilbte Kupferstiche hingen, blieben seine Augen plötzlich auf einem gedruckten Zettel haften, der in der Mitte des Tisches lag. Es war ein Komödienzettel, der die letzte Vorstellung der "Königlich privilegierten Wagnerschen Gesellschaft" für den gleichen Abend ankündigte. -

"Hehe!" ruft Devrient, zu dem Wirt gewendet, "wird hier auch Komödie gespielt?" Und als der Wirt bejaht: "Haben die Leute auch gute Geschäfte gemacht?"

"Leider nicht," gesteht der Wirt kleinlaut, "es steht sehr schlecht um sie. Der Direktor steckt tief in den Schulden, da er keine Gage bezahlen kann, und die Schauspieler, die bereits auf das Gehalt anleihen gemacht haben, verlieren ihre letzte Habe. Die Gesellschaft befindet sich in der Auflösung; der arme alte Mann ist in grosser Bedrängnis." Bei diesen Worten zeigt der Wirt in ein Nebenzimmer, in dem ein Greis in abgeschabtem Anzuge mit stumpfen Blicken vor seinem Glase sitzt. Devrient erhebt sich und geht zu ihm. "Herr Kollege," sagt er, "ich höre, Ihre Geschäfte stehen schlecht. Sie sollten sich einen Künstler von Ruf aus Berlin kommen lassen, etwa Wolf, den alten Unzelmann, Beschert, Lemm oder" - setzt er bescheiden hinzu - "Devrient. Die könnten Ihnen viel-

Insektenleben der Eiszeit.^x

SPD. Manchmal wundern wir uns, dass wir so viel aus den ältesten Zeiten der Erde wissen; dass die Steine, wenn nicht uns allen, so doch den Gelehrten ein beredtes Zeugnis aus den grauen Vorzeiten der Erde ablegen. So ein Fund, der uns nichts oder nicht viel sagt, ist für den Wissenschaftler, der nach ihm gräbt und an ihm forscht, eine Quelle vielseitiger Erkenntnisse, aus denen er die Geschichte der Welt in der Vorzeit erkennt, die Tiere und Pflanzen beschreibt, die damals lebten, und von den Uranfängen des Menschengeschlechtes die Schleier zieht. Was damals auf der Erde lebte, wurde wieder zu Erde; die Erde versteinerte, und in diese Steine hinein ist das Geheimnis ihres einstigen Lebens gewebt. An allen Ecken und Enden der Erde hat man solche Funde, viele nach langem Suchen, die meisten zufällig gemacht und sich so allmählich ein Bild von der Entwicklung der Flora, der Fauna und des Menschen machen können. Man hat das Wachsen seiner Gestalt und seines Geistes, seine Werkzeuge, seine Waffen, seine primitive Kunstentwicklung erforscht; man weiss in grossen Umrissen, welche Pflanzen und welche Tiere in den verschiedenen Zeiten lebten, und welche neuen sich aus den alten entwickelten. Bäume sind versteinert; Pflanzen und Fische haben sich zwischen Steinen abgepresst; aus Knochen, Zähnen, Schädeln hat man die Tiere rekonstruiert, die damals lebten.

Aber ist das nicht nur ein ganz kleiner Ausschnitt, vom Zufall bewahrt, von noch grösserem Zufall wiederentdeckt? Wie war es mit den kleinen und kleinsten Tieren? Mit Käfern, Insekten, Würmern, mit all' dem winzigen Getier, das doch sicherlich auch damals schon kreuhte und fleuchte? Darüber wusste und weiss man bis heute so gut wie nichts. Ein Fund, merkwürdig, zufällig und von unschätzbarem Wert wird aber bald in dieses Dunkel Licht bringen.

In Rheinhausen, dem engeren Bezirk des geologisch so interessanten und an Funden reichen Mainzer Beckens, hat man etwas aus der Tiefe geholt, was bislang auf der ganzen übrigen Welt noch nicht entdeckt worden ist: grosse Tonplatten mit einer Unsumme deutlich erkennbarer und tadellos erhaltener Laufspuren von vielerlei Insekten und Würmern und Kleintieren der Eiszeit. Genauer zeitlich bestimmt, da es ja verschiedene Eiszeiten gab: des ersten Eisvorstosses der sogenannten Würm-Eiszeitgruppe, während deren das Mainzer Becken eine grosse Lössteppe war. Diese Funde, über die in einiger Zeit zum erstenmal wissenschaftlich berichtet werden soll, haben eine interessante Geschichte. Schon seit Jahren beutet man in Wallertheim eine reiche prähistorische Fundstelle aus. In Wallertheim, einem kleinen Ort am Wiesbach in Rheinhausen - in der Nähe liegt am gleichen Wiesbach ein anderer Ort, der durch seinen Wein bekannt geworden ist: Gau-Bickelheim -, hat man in einer Ziegelei direkt am Bahnhof die ersten Funde gemacht. Die Ziegeleibesitzer zeigten sich den Interessen und Wünschen der Forscher zugänglich, und so wird dort nicht nur nach Ton für Ziegel, sondern auch nach den Zeugnissen der Vorzeit gegraben. Der Leiter des Mainzer Naturhistorischen Museums, Professor O. Schmidtgen, der eins der reichsten Heimatmuseen verwaltet, weil dieses die besten und wertvollsten Bestände und viele Unika, die es auf der ganzen Welt kaum noch in dieser Erhaltung gibt, direkt vor seiner Türe findet, überwacht diese Ausgrabungen, die einen alten Eiszeitsumpf blossgelegt haben, an dem die Tiere zur Tränke gingen. Zuerst fand man Ueberreste der verschiedensten Tiere, fand Knochen, Schädel und Zähne von Bisons; Pferden, Hirschen, Renttieren, Nashörnern, Schweinen, Grosskatzen, Bären, Eisfüchsen, Mammuts, Wühlmäusen und Steppenmurmeltieren. Dann fand man die ersten Knochenstücke, die menschliche Bearbeitung aufwiesen, schliesslich auch noch Steinwerkzeuge. Alles deutet darauf hin, dass an diesem Sumpf eine Jagdstelle gewesen ist. Während das Wild zur Tränke kam, hielt sich der primitive Mensch in der Steppe verborgen und suchte zumeist jüngere Tiere zu erlegen. Wahrscheinlich benutzte er Holzsspeere und Fallgruben zur Jagd.

Allmählich baute man diesen versteinerten Tümpel mit seinen zahlreichen

und wertvollen Dokumenten der Vorzeit immer mehr ab und gelangte auf die Sohle. Es ist ein seltener Zufall, dass eine Fundstelle so gut erhalten ist. Die einzelnen Bodenschichten des Sumpfes waren, durch keine Naturgewalt verschoben oder zerstört, in ihrem Urzustand im Laufe der Jahrtausende immer härter und schliesslich zu Stein geworden, sodass man jetzt die einzelnen Ablagerungen in Form grosser Platten abheben konnte. Und auf diesen Platten fand man, auf der einen vertieft, auf der anderen erhaben, genau ineinander passend wie Giessform und Gussplatte, diese Laufspuren kleiner Eiszeitinsekten und -würmer, über deren Existenz man bislang nichts wusste. Immer noch gräbt man zurzeit weitere Platten mit oft bis zu zwanzig, dreissig verschiedenen Lauf- und Kriechspuren in Wallertheim aus und schafft sie ins Mainzer Naturkundemuseum, wo sie in oft langer und mühevoller Arbeit bestimmt und gedeutet werden. Diese Wissenschaftlicher sind wie die Kriminalbeamten. Finden die aus den Fusspuren einen Verbrecher, so finden die Paläontologen aus den Laufspuren die Tiere der Vorzeit. Dieser Steckbrief verrät sie. Man hat das in Mainz hauptsächlich auf eine geradezu raffiniert einfache Weise gemacht. Indem man über frischen, feuchten Lehm die verschiedensten Insekten und Würmer unsrer Zeit kriechen liess. Man verglich die neuen Laufspuren mit den alten und erhielt auf diese Weise Anhaltspunkte über die Insektenwelt dieser Eiszeitperiode. Wenn man bislang noch nichts über diese Funde erfahren hat, so liegt das daran, dass man erst alle Platten ausgraben und bestimmen will. Der Wissenschaftler hat seine Freude an weiteren, neuen Erkennen, nicht am sensationellen Bericht.

Direktor Schmidtgen erklärte mir auf meine Frage, der Wert dieser Platten sei unschätzbar, weil man sie auf der ganzen Welt nicht findet und sicherlich auch kaum in dieser Erhaltung und Anzahl jemals finden wird. Es sind ihm die kostbarsten Stücke seines Museums, und für andere hat man ihm schon Millionenbeträge geboten. Nicht aber dieser angenommene oder tatsächliche Wert macht den Wissenschaftlern so viel Freude an diesen seltenen Insektenspuren, sondern der Umstand, dass man aus ihnen wieder ein ganz neues und nicht geringes Stück Erkenntnis gewinnen kann aus den frühen Tagen unsrer alten Welt, aus der Umgebung, in der die ältesten Vorfahren unsres Geschlechtes lebten. Schränke und Kästen stehen und liegen im Mainzer Naturkundemuseum voll von diesen zahlreichen Funden aus der Wallertheimer Ziegelei. In der eigenen Präparieranstalt wird unermüdlich gearbeitet; Stein fügt sich neben Stein, Erkenntnis zu Erkenntnis, und aus dem ganzen erstet ein Bild von seltener Vollkommenheit, wie die ersten Menschen im Mainzer Becken lebten, jagten, was um sie her war an grossen Tieren, was um sie kroch und lief und hüpfte an kleinen, kurz: wie die Welt aussah, als der Mensch ihr noch nicht den Stempel seiner Arbeit und seines Geistes aufgeprägt hatte.

Mario Mohr.

Karwoche in Griechenland.^x

SPD. Ostern ist für den Griechen, was uns Weihnachten ist, das grosse Fest, das alle feiern, an dem alle zuerst enthaltsam und dann vollgefuttern sind. Es beginnt mit dem grossen Reinemachen. Ganz Griechenland putzt, als ob der von der Männerwelt mit Recht gefürchtete Putzteufel noch rasch vor dem "Christ ist erstanden!" sich der Hausfrauen- und Dienstmädchenseelen bemächtigt hätte, um sich mal gründlich auszutoben. All die viele Kleinarbeit, die von der deutschen Hausfrau auf 52 Wochen verteilt wird, presst sich hier in einer Woche zusammen und wird vom Motor südlicher Lebendigkeit herausgewirbelt. Ein Zimmer nach dem andern wird ausgeräumt, gestrichen, gemalt, poliert, geschrubbt. Die Häuser werden alle leuchtend weiss mit Kalk beschmiert, und das macht man alles selbst; Handwerksleute gibt es dafür nicht. Ein tüchtiges Dienstmädchen muss das alles können. Die kleine Phlorua war fünf Jahre alt,

als sie zu uns ins Haus kam; man fragte sie: "Na, was kannst du denn schon?" und sie antwortete, höchst ernsthaft und mit wichtiger Miene: "Ich kann schon die Fugen und Löcher zuschmieren (wegen der Mäuse nämlich) und das Haus anstreichen!" Am fabelhaftesten treiben sie es auf der Insel Boros, wo ich gleich nach Ostern war: dort hatten sie sogar die unmittelbar bei den Häusern sich erhebenden Felsen mit Kalk leuchtend weiss übertüncht. Und all die viele Arbeit, den ganzen Tag und die halbe Nacht hindurch, geschieht mit Lachen, Singen und Scherzen. Hier ist die grosse Putzerei eine Volksbelustigung.

Selbst das Essen wird durch Heiterkeit ersetzt. Das Fasten vor Ostern ist für dies naiv gläubige Volk bis in die sogenannten gebildeten Kreise hinein eine nationale Selbstverständlichkeit. Wenn man sehr fromm ist, fastet man vierzig Tage lang; aber alle fasten die Karwoche hindurch. Fasten heisst: man isst Suppe ohne Fett, kein Fleisch, keine Eier, keine Fische. Man beschränkt sich dabei auf die geringsten Mengen. Als Gast und nicht orthodoxer Katholik durfte ich am ersten Tage zwei Eier und Joghurt (das hier zu jedem Essen gehört) verzehren; am zweiten Tage fastete ich offiziell mit der Familie, fütterte aber heimlich in meinem Zimmer; am dritten Tage jedoch war ich schon ganz in Form und ass selbst die noch erlaubten Dinge nicht mehr heimlich. So fromm kann der Mensch werden, wenn - es eine süsse "Fastenspeise" gibt, die sich Halv nennt und aus Mandeln, Zucker, Eiweiss und Oel besteht, (Eiweiss ist nämlich kein Ei, und Oel ist kein Fett!). Dazu gibt es Kartoffeln oder Brot, und das ganze schmeckt ausgezeichnet....

Im übrigen geht man natürlich in dieser Zeit auch fleissig in die Kirche, wie überhaupt das Kirchengehen in Griechenland eine grosse und besondere Bedeutung hat. Auffallenderweise findet man viele junge Männer in den Kirchen. Mit ihrer Frömmigkeit verhält es sich aber ähnlich wie bei mir mit dem Fasten. Es handelt sich dabei wesentlich um die Süssspeise. Nämlich: die jungen Mädchen werden in Griechenland sehr streng gehalten, dürfen nicht allein ausgehen und sind meist sehr behütet. Nur in die Kirche gehen sie allein. Hier ist deshalb der Ort, wo der junge Mann die Auserwählte seines sehnsüchtigen Herzens in der Nähe sehen kann, und da man sich in der griechisch-katholischen Kirche auch leise unterhalten darf, ohne dass dies als Störung empfunden wird, so ist der Kirchenbesuch für die Jugend eine angenehme Pflicht und ein Gottesdienst, der aber weniger dem christlichen als dem griechischen Gotte Eros gilt....

Schon in aller Frühe beginnen in den Kirchen die Glocken zu läuten, und das mit kurzen Pausen den ganzen Tag hindurch. Der Karfreitag ist der grosse Trauertag, und er ist ein nationales Heiligtum, dem sich alles einzurichten hat. Nirgends wird gearbeitet. Kein Mensch kocht; alles fastet. Ich gehe in die Kathedrale, weil dort der Metropolit (Erzbischof) predigt. Um 8 Uhr war die Kirche schon stark gefüllt; um 9 Uhr konnte man kaum mehr hinein; um 10 Uhr stand man so eng (es gibt in der griechischen Kirche keine Sitzplätze), dass ich nicht einmal die Hand erheben konnte. Unmöglich war's, wieder herauszukommen. Eine fürchterliche Hitze und ein noch fürchterlicherer Geruch herrschte, der sich vorwiegend aus Weihrauch und Knoblauch zusammensetzte. Der Weihrauch kam von den Priestern, die zwei Stunden lang nichts anderes taten als monotone Gebete murmeln; der Knoblauch kam von der andächtigen Menge, für die der Knoblauch an sich schon eine Art Nationalgericht ist; in der Fastenzeit aber wird er in besonders furchtbar wirkenden Mengen verzehrt. Es war also schon eine weihevollere Sache, an der auch die Verkehrspolizei nichts mehr ändern konnte, die viel zu spät eingzugreifen versuchte und mit Mühe und Not den Priestern den Weg bahnte.....

Endlich öffnete sich der Vorhang, der den Altar vom Kirchenschiff trennt, und heraus kamen etwa vierzig ganz in Weiss gekleidete Knaben, jeder mit einer grossen, brennenden Kerze; in der Mitte ging der Metropolit. So schritten sie bis an die Stelle, wo am Boden ein Kreuz mit einer Christusfigur lag. Hier fand nun die Kreuzabnahme statt. Der (aus Papiermaschee gefertigte) Heiland

wurde unter andauerndem, halb gesungenem, halb gesprochenem Beten der Priester vom Kreuz abgenommen, in ein weisses Leinentuch gewickelt, in feierlicher Prozession durch die Menge getragen und dann in das Allerheiligste gebracht, vor dem sich der Vorhang wieder schliesst. Die Menge strömt nach dem Kreuz, das am Boden liegen geblieben ist, um es zu küssen. Die ganz frommen Frauen und Mädchen gehen an diesem Tage von einer Kirche zur andern, um in jeder das Kreuz zu küssen, und da es 20 bis 30 oder noch mehr Kirchen in Athen gibt, so sind diese frommen Seelen den ganzen Tag unterwegs.

Sobald es dunkel wird, strömen alle Menschen auf die Strassen. Der grosse Sintagmaplatz in der Mitte der Stadt ist übersät mit Wartenden. Denn nun wird, sobald es Nacht ist, die Karfreitagsprozession hier vorüberkommen. Der Platz, die breiten Strassen, die Paläste, die Häuser, alles ist festlich beleuchtet. Die grossen Verkehrsstrassen tragen Girlanden von Glühbirnen, quergespannte Bogen flimmernder Lichter. Die staatlichen Gebäude sind festlich geschmückt. Die Fenster an den Häusern weiss verhangen. Blauweisse Lämpchen - die Farben der griechischen Fahne - leuchten auf den Sims. Ein Meer von Lichtern liegt über der Stadt.

Endlich hört man in der ferne Musik. Viele Menschen haben Kerzen bei sich. Die zünden sie an, und in wenigen Minuten flackern tausende irrlichternde Flämmchen über den Köpfen der erwartungsvollen Menge.

Die Prozession naht. Zuerst die Musik, dann Soldaten mit ihren Fahnen, alle auf Halbmast. Die Soldatentragen Gewehre, den Lauf nach unten gesenkt - ein seltsames und nachdenkliches Symbol des Friedens in dieser Nacht, da der Heiland starb. Leider nur ein Symbol für eine Nacht. Dann kommen Priester in feierlichen Gewändern. Sie tragen den Leichnam Christi. Dahinter der Erzbischof, angetan mit einem wundervollen altbyzantinischen Gewand, auf beiden Seiten flankiert von der Nationalgarde, der schönsten, malerischsten und abenteuerlichsten Truppe der Republik. Und dann das Volk, in Massen, singend und betend. Alles mit Kerzen, tausend und tausend und abertausend Kerzen. Und über allem weht der süsse, betäubende Duft des Weihrauches, der in grossen Becken auf den Strassen qualmt.

Wir gingen auf den Berg und sahen nun von oben das wundervolle Schauspiel der wandernden Flämmchen:... ein zauberhaftes Bild! Als wir gegen ein Uhr nach Hause gingen, waren die Strassen immer noch voll Menschen. Und immer noch wanderten die Prozessionen durch die Strassen, und immer noch standen Gläubige betend Spalier; eine grosse Wanderung des Volkes zu Ehren des Gottes, die auf dem Boden eine Ueberlieferung für sich hat, die noch viel älter ist als die Tragödie auf Golgatha.

Olly Haebler-Hug.

Das Osterei. X

SPD. Das Ei als Symbol der geheimnisvollen Macht des Lebens übte stets grossen und wichtigen Einfluss auf die Vorstellungen aller Völker aus. Im Britischen Museum in London befindet sich ein besonders interessantes indisches Bild, das die Erschaffung der Erde darstellt. Der Schöpfer hat vor sich ein an der Seite geöffnetes Ei, in dem man lebende Wesen sieht. Auf der abgelösten Schale dieses Eies steht der eben geschaffene Mensch zwischender Sonnen-gottheit als dem Quell des Guten und dem Teufel in Menschengestalt mit Hörnern. Die Sitte, ein Ei zu zerbrechen und einen Teil der Schale zu essen, verbindet sich in Indien mit dieser Vorstellung. Von dort kam vielleicht auf dem Wege der Legende im Mittelalter der Brauch, das Schalenstückchen eines Ostereies herunterzuschlucken, und zwar als Mittel gegen die Bosheit von Zauberern; denn ein solches Schalenstückchen eines am Ostertage geschenkten Eies diente diesen Leuten zum Zeichen symbolischer Linien der schwarzen Magie, mit der Absicht,

den Mitmenschen zu schaden.

Die Sitte, Eier an den Festtagen in der Zeit um die Tag- und Nachtgleiche zu verzehren, findet sich in Phönizien. Nach dem Glauben der Phönizier brachte die Nacht - der Anfang aller Dinge - Eier hervor, aus denen das Menschengeschlecht entstand. Wenn die Sonne die lange Nacht besiegte, zerschlug man die Eier zum Zeichen der Wiedergeburt des Menschengeschlechtes. Es war in gewisser Hinsicht das Vorgefühl des späteren Auferstehungsmysteriums.

Die Sitte, Ostereier zu schenken, stammt aus dem Osten. Dort spielt das Ei eine wichtige Rolle bei symbolischen Riten, deren es in der Religion der östlichen Völker zahlreiche gibt. Und dort ist das Ei das Symbol des Chaos im ursprünglichen Kosmos, des schöpferischen Anfangs, aus dem sich alles im Weitraum herausbildet.

Im Osten existiert auch die Sitte, Eier am Neujahrstage zu schenken. Noch heute wird diese Sitte in Persien, wo dieser Tag ein grosses Fest ist, von besonderen Feiern umrahmt. Der erste Tag des Jahres fällt dort annähernd in die gleiche Zeit, in der wir Ostern feiern. Sultan Saladin stellte den Kalender auf, in dem er den Tag des Sonnenjahrwechsels oder Neujahr auf den Zeitpunkt der Tag- und Nachtgleiche festlegte. Die Perser nennen diese Festtage unter anderem auch die Feste der neuen Kleidung, da sich auch der ärmste Mensch dann in ein neues Gewand hüllt. Die Reichen ziehen während der achttägigen Dauer der Festtage kostbare Kleider an, an jedem Tage neue, und senden sich gegenseitig Geschenke, in erster Linie bemalte und vergoldete Eier, auf die an allen Seiten symbolische Figuren auf goldenem Grunde oder Miniaturbilder verschiedener Personen angebracht sind.

Im alten Rom reichte man in Verbindung mit einer Art frommen Aberglaubens in dieser Zeit bei Beginn der Festmähler ein Ei. Daher stammt das römische Sprichwort: ab ovo usque ad malum - vom Ei bis zum Apfel, d.h. vom Anfang bis zum Ende.

Das Osterei als Symbol des Uranfangs, der Lebenserneuerung, als Symbol der alljährlich mit dem Frühling wiedererwachenden Natur, der Auferstehung des Menschen geht wie ein roter Faden durch alle Religionen. Es tritt auch in der Zeit der Osterriten im Christentum auf, und ursprünglich hiess es beim Teilen des Eies stets: Resurrexit! (Er ist auferstanden!) Erst dann wurden die Glückwünsche ausgetauscht. Die Sitte, die Eier zu färben und zu bemalen und überhaupt Eier zu schenken, hat sehr frühe Traditionen. In einigen Ländern sind die Ostereier als Geschenke sehr reich ausgeschmückt. Oft werden sie aus Silber oder Gold gemacht und mit kostbaren Steinen oder kolorierter Emaille ausgelegt, und auch das Innere wird mit wertvollen Produkten der Juwelierkunst gefüllt.

Ein Fritz Adler-Drama.

Uraufführung in der Berliner Volksbühne.

SPD. Victor Adler, bis zu seinem am 9. November 1918 erfolgten Tode der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, und sein Sohn Fritz, der heute als Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wirkt, sind die Hauptfiguren des Schauspiels "Die beiden Adler" von Stefan Grossmann, das seine Uraufführung in der Berliner Volksbühne erlebte. Die Handlung des Stückes fällt in den Kriegswinter 1916/17 und bewegt sich um die Ermordung des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh und den Prozess gegen Fritz Adler, also ein zweifellos bedeutungsvolles geschichtliches Ereignis, das freilich eher für eine erzählende als für eine dramatische Darstellung geeignet erscheint. Die fünf Akte, deren mittelster das Attentat, und deren vorletzter einen kleinen Ausschnitt aus der Gerichtsverhandlung schildert, enthalten nur markante Episoden aus einer grossen geschichtlichen und psychologischen Entwicklung. Entgegen der Ab-

sicht des Verfassers enthält das Stück keine künstlerische Gestaltung von Menschen und Vorgängen, sondern lediglich eine dramatische Reportage aus einem bestimmten Dokumentenmaterial.

Man fühlt immerhin die überaus lebhafteste Anteilnahme des Verfassers an den Persönlichkeiten der beiden Adler und den starken Nachklang seines eigenen Erlebens heraus. Aber diese allzu unmittelbare Anteilnahme schadet der Objektivität der Darstellung. Das Wiener Milieu, der Gegensatz zwischen Österreichertum und Preussentum und vor allem der Gegensatz zwischen Fritz Adler und den älteren Parteiführern erscheinen tendenziös verzerrt. Auch der Gegensätzlichkeit der Charaktere von Vater und Sohn fehlt die nötige Tiefe der Motivierung. Hinzu kommen offenkundige Mängel der dramatischen Gestaltung. Die wenigen kurzen Höhepunkte des Geschehens sind von belanglosen Gesprächen umrahmt. Der Ministerpräsident hat nur einmal nach einem Telefongespräch die zwei Worte "Resultatlos abgebrochen!" zu sagen und ist im übrigen das stumme, wehrlose Opfer des Attentäters. Seine parlamentslose, diktatorische Regierung, seine persönliche Urhebererschaft an der Fortführung des Krieges werden kaum anschaulich. Im letzten Akte vollends wird die fein erdachte Schlusspointe - die wortlose Begegnung der beiden Adler im Sprechzimmer des Gefängnisses - durch zwei unmögliche Selbstgespräche von Vater und Sohn vorbereitet.

Rein stofflich ist dieses Schauspiel sicherlich, zumal für jeden Sozialisten und Pazifisten, wichtig und ergreifend genug, um in jedem Falle ein starkes Interesse zu erwecken. Aber zu seiner vollen Wirkung hätte es doch einer grösseren Distanz des Verfassers zu den geschilderten Vorgängen und Personen bedurft. Die von Stefan Grossmann selbst geleitete Aufführung erzielte nachhaltige Eindrücke durch ihren stofflichen Wert und durch eine Reihe vorzüglicher schauspielerischer Leistungen, vor allem die ungemein lebensvolle und tragisch erschütternde Verkörperung des Victor Adler durch Walter Franck.

Bz.

SPD. Eine totale Mondfinsternis im April.^x Im Monat April ereignen sich zwei Finsternisse: eine Sonnen- und eine Mondfinsternis. Die Mitte April erfolgende Sonnenfinsternis ist nur partiell und in unsern Gegenden nicht sichtbar. Weit interessanter ist dagegen die in unsern Breiten stattfindende totale Mondfinsternis, die bei klarem Himmel sehr gut zu beobachten sein wird. Die Finsternis ist am Vollmondtag, dem 2. April. Der Mond befindet sich zu Beginn der Verfinsterung nahe dem Aufgangshorizont. Um 19 Uhr 23 Minuten beginnt der Kernschatten der Erde den unteren Rand der Mondscheibe zu verdunkeln. Von 20 Uhr 22 Minuten bis 21 Uhr 52 Minuten, also anderthalb Stunden lang, befindet sich der Mond vollständig im Kernschatten. Er wird dann eine eigentümlich dunkel-kupferrote Farbe annehmen, die durch die von der Verfinsterung hervorgerufene Lichtveränderung entsteht. Danach fängt am oberen Rande die Aufhellung an. Um 22 Uhr 51 Minuten hat unser Trabant den Kernschatten und um 23 Uhr 48 Minuten auch den Halbschattender Erde wieder verlassen.

SPD. Literarischer Schnelligkeitsrekord. Der bekannte Kriminal- und Sensationsschriftsteller Edgar Wallace weist, wie "Die Literarische Welt" mitteilt in einer Erklärung entrüstet den Vorwurf zurück, dass sich unter seinem Namen eine Kmpagne mehrerer Literaturfabrikanten verberge. Er selbst, so erklärt er, halte nach wie vor den Welt-Schnelligkeitsrekord in literarischer Produktion. Er arbeite von 7 Uhr früh bis 11 Uhr Nachts fast ununterbrochen und beschäftige ständig zwei Stenotypistinnen und ein Diktaphon. "Ich schreibe," behauptet Wallace, "eine Zeitungsspalte in einer halben Stunde." - In Anbetracht der Qualität seiner Arbeiten kann man Wallace unbedingt bescheinigen, dass er sich mit grösstem Eifer um die Widerlegung des Satzes "Genie ist Fleiss" bemüht.

Deutscher Reichstag

51. Sitzung vom 25. März, 12 Uhr

SPD. Reichstagspräsident Löbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.-Die zweite Beratung des Osthilfegesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Gandorfer (Bayr. Bauernbund) führt aus, die Stimmung an der bayrischen Ostgrenze sei hoffnungslos, weil keiner mehr auf Hilfe vom Reiche hoffe. Von Hof bis Passau sei fast die ganze früher blühende Industrie stillgelegt. Wenn die Osthilfemassnahmen nicht auf dieses Gebiet ausgedehnt werden, dann sei eine Wirtschaftskatastrophe unausbleiblich.

Abg. Becker-Breslau (komm.) schildert die Not im Waldenburger Gebiet und erklärt die Osthilfe für ganz unzureichend.

Abg. Baur (Landvolk) erklärt, das Osthilfegesetz in der vorliegenden Form sei eine Enttäuschung für die Landwirte. Der Ausschuss habe die ursprüngliche Regierungsvorlage verschlechtert. Die Regierung sollte die klare Zusicherung geben, dass die in der ursprünglichen Vorlage aufgeführten Gebiete für Entschuldung und Umschuldung auch tatsächlich berücksichtigt werden. Die Verantwortung für die mit einer Linksmehrheit im Ausschuss beschlossenen Verschlechterungen treffe die Deutschnationalen und Nationalsozialisten, die sich der Mitarbeit für die Landwirtschaft entzogen und durch ihren Auszug erst die Linksmehrheit ermöglicht hätten.

Abg. Graf v. Westarp (Volkskons.): Wenn das Osthilfegesetz angenommen ist, so wird der Auftrag um deswillen der Reichspräsident das Kabinett Brüning eingesetzt und mit besonderen Vollmachten versehen hat, ausgeführt sein. Es handelt sich hier um das geschichtliche Ringen zwischen Deutschen und Polen um den deutschen Osten. Wir sehen das intensive polnische Vordringen gegen das Deutschtum im Osten. Wir müssen diesem Vordringen einen Wall entgegensetzen. Wenn der deutschnationale Abg. Dr. Bang das Osthilfegesetz einen Hohn auf die Ostnot nennt, so verstehe ich das nicht, wenn ich auch die Motive für solche Agitation verstehe. Man darf sich auch durch Parteiagitationsgründe nicht bestimmen lassen, Hilfsmassnahmen ein Nichts zu nennen, die wahrlich kein Nichts sind.

Abg. Hillebrand (Hospitant d. Staatspt.) äussert Bedenken gegen die Konstruktion der Haftungsverbände. Durch die Ausschussbeschlüsse sei die Vorlage nicht verschlechtert, sondern zugunsten der Bauern verbessert worden.

Reichsminister Treviranus:

Für die Osthilfe werden aufgewandt von 1931 - 1938 mindestens 950 Millionen, ausserdem an Kreditmitteln, aus Haushaltsmitteln, Zweckvermögen und Schuldverschreibungen 1140 Millionen, im ganzen also etwa zwei Milliarden Mark. Dass wir für dieses Hilfswerk nicht viel Dank ernten werden, wissen wir. Wir können uns damit trösten, dass auch die segensreiche Einrichtung der Generallandschaften zunächst wenig Anerkennung fand, als sie vor 150 Jahren geschaffen wurde. Die Fürsorge für die Landarbeiter ist nicht so gering, wie es von einigen Rednern hingestellt wurde. Wir werden auf diesem Gebiete in nächster Zeit weitere Fortschritte machen können. Wenn wir die landwirtschaftliche Selbstverwaltung noch mehr heranziehen, so würden wir damit wohl wenig Dank ernten, denn es ist keine schöne Aufgabe, den Nachbarn zu sagen, dass ihnen nicht mehr geholfen werden kann. Die in der Vorlage vorgesehene gesunde Mischung zwischen der behördlichen Betreuung und der Heranziehung der Selbstverwaltung wird die beste Lösung sein.

Damit schliesst die Aussprache. Die Abstimmungen werden zurückgestellt.

Es folgt die dritte Beratung des neuen Gesetzes, durch das Mitführen von Hieb-, Stich- und Stosswaffen bei politischen Kundgebungen bestraft wird.

Abg. Schneller (Komm.) protestiert gegen dieses Gesetz, das sich gegen die revolutionäre Arbeiterschaft richte, während die Hitlerbanden von Polizei und

Reichswehr bewaffnet würden.

Damit ist die dritte Beratung des Gesetzes gegen den Waffenmissbrauch erledigt bis auf die Abstimmung, die zurückgestellt wird.

Nunmehr wird die dritte Beratung des Etats fortgesetzt beim Haushalt des Reichsfinanzministeriums.

Abg. Dittmann gibt eine lange Erklärung ab. (Siehe pol. Teil)

Abg. Frau Himmler (Komm.) weist auf den Hungerstreik von Frau Dr. Kienle hin und fordert die schleunige Aufhebung des § 218 und beantragt die Haftentlassung von Frau Dr. Kienle.

Abg. Dr. Högner (Soz.): Meine Fraktion lehnt den kommunistischen Antrag ab. (grosser Lärm b.d. Komm.) Dieser Antrag bedeutet einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren. Nach der Verfassung wäre die Justizbehörde nicht verpflichtet einem solchen Reichstagsbeschluss zu entsprechen. (gr. Unruhe b.d. Komm.)

Abg. Rippel (Christl. Soz. Volksdienst) begrüsst die Tatsache, dass nach langer Zeit endlich wieder der Etat rechtzeitig verabschiedet werden kann. Der Reichstag hat nach dem Auszug der äussersten Rechten staatspolitisch viel mehr geleistet als die Herren draussen mit allen ihren Reden.

Abg. Torgler (Komm.): Durch nichts konnte die Entwicklung der Brüning=Sozialdemokratie (Heiterkeit) besser illustriert werden, als durch die Erklärung des sozialdemokratischen Staatsanwalts Dr. Högner (Sehr wahr!) Draussen in Stuttgarter Versammlungen protestieren die Sozialdemokraten gegen § 218 und gegen die Inhaftierung von Frau Dr. Kienle. Hier im Reichstag lehnen sie unsre Anträge ab. Das Sparermächtigungsgesetz für die Regierung Brüning bedeutet, dass alle Mehrausgaben aus Geheimfonds usw. gedeckt werden aus dem Sozialetat, also auf Kosten der Aermsten. In derselben Zeit, in der wegen der Finanznot des Reiches die Mittel für die hungernden Kinder gestrichen werden, erhält der frühere König von Bulgarien riesige Summen aus Reichsmitteln. (Hört! Hört!) Er hat schon 1921 25 Millionen erhalten und ich frage den Minister Dietrich, aus welchen Etatsmitteln der weisse Reichsbankscheck über 500 000 Mark bezahlt worden ist, über den General Ganschow, der Bevollmächtigte des früheren bulgarischen Königs, am 25. Februar 1931 quittiert hat. (Hört! Hört!) Ministerialrat Köchel-Glogau aus dem Reichsfinanzministerium wird darüber näheres mitteilen können, ebenso Staatssekretär Dr. Meissner. (Lebh. Hört! Hört! - Rufe b.d. Kommunisten)

Abg. Graf v. Westarp (Volkskons.): Im Auftrage der in unserer Fraktion zusammengesetzten Deutsch-Hannoveraner, christlich-sozialen und Volkskonservativen habe ich die Regierung daran zu erinnern, dass die Verabschiedung des Etats, vor der wir jetzt stehen, als Voraussetzung gelten soll für die Inangriffnahme ganz bestimmter aussenpolitischer Aufgaben, von deren Erfüllung wir unsre Mitarbeit abhängig gemacht haben. Wir begrüssen die handelspolitische Vereinbarung mit Oesterreich. Wir erwarten, dass auf der kommenden Abrüstungskonferenz der deutsche Rechtsanspruch auf gleichmässige Abrüstung nachdrücklich geltend gemacht wird. Im Vordergrund der aussenpolitischen Aufgaben diese Sommers steht aber die Revision des Tributplans, an dessen Durchführbarkeit heute kein Mensch mehr glaubt. Der ganze Wahnsinn der jetzigen Tributregelung muss dem Ausland immer wieder zum Bewusstsein gebracht werden.

Ist die Revision nicht anders zu erreichen dann muss die Anleihesperre erklärt werden.

Reichsfinanzminister Dietrich:

Die Reichsregierung erklärt, dass sie die Steuererhöhungen, wenn sie aufrecht erhalten werden, ablehnen muss, weil dadurch die ganze Linie der Politik der Reichsregierung zerstört würde. In der Angelegenheit des früheren Königs von Bulgarien bin ich nicht allein zuständig. Ich würde vorschlagen, dass wir diese Angelegenheit, die aus dem Kriege stammt, dem Auswärtigen Ausschuss überweisen. (Lachen b.d. Komm.)

Abg. Frau Schreiber-Krieger (Soz.):

Gegen den Geburtenzwang kämpft die Sozialdemokratische Fraktion seit langem. Sie hat eine ganze Reihe Anträge in diesem Sinne eingebracht. Bei der Beratung der Strafrechtsreform wird Gelegenheit sein, auf die gesundheitlichen, seelischen, moralischen und materiellen Schädigungen einzugehen, die der § 218 zur Folge hat. Zahlreiche Versammlungen im ganzen Reiche zeigen, dass eine Volksbewegung im Gange ist, die nicht zur Ruhe kommen kann, ehe das Gesetz in Einklang gebracht ist mit den Tatsachen des Lebens und mit der Not der breiten Schichten, die stärker sind, als Mutterinstinkt und Mutterliebe. Jene Volksbewegung wird nicht zur Ruhe kommen, ehe Nahrungsstand und Kinderzahl sich in Uebereinstimmung befinden. An dieser Volksbewegung kann die Volksvertretung nicht achtlos vorübergehen. Die Sozialdemokratische Fraktion hat neue Anträge vorbereitet, deren Ziel die völlige Umgestaltung des § 218 ist, um diese Frage aus der Heimlichkeit und Lüge mit all' ihren furchtbaren Konsequenzen zu lösen und den ganzen Komplex in die Hand des berufenen Arztes zu legen. Nur dann wird die unerhörte Zahl von Opfern dieses Paragraphen verschwinden, und nur dann wird auch der Arzt von dem furchtbaren Konflikt erlöst sein, in dem er heute steht: entweder durch Verweigerung der Hilfe und Befolgung des Gesetzes verweifelnde Menschen der Kurpfuscherei zu überantworten, oder die Hilfe zu leisten und sich strafbar zu machen. Drei Fünftel der Berliner Aerztinnen haben sich für die Abschaffung des § 218 erklärt, in Hamburg ebenso 80 % der Aerztinnen. Möge dieses Haus die Zeichen der Zeit verstehen und wenigstens, solange das Gesetz besteht und täglich tausendfach gebrochen wird, Milde walten lassen für die Opfer. Zu diesen Opfern gehört auch Frau Dr. Jacobowitz-Kienle in Stuttgart. Meine Fraktion bringt folgende Entschliessung ein:

Der Reichstag ersucht, da er nach der Verfassung nicht das Recht hat, den von einem Gericht erlassenen Haftbefehl aufzuheben, die Reichsregierung, auf das Württembergische Justizministerium einzuwirken, dass der zuständige Staatsanwalt schleunigst den Antrag auf Aufhebung des gegen Frau Dr. Kienle in Stuttgart erlassenen Haftbefehls stellt.

Es wird als ganz besonderes Unrecht empfunden, dass Frau Kienle in Haft bleibt, nachdem Dr. Wolf aus der Haft entlassen worden ist. Wir glauben, dass Verdunkelungsgefahr oder Fluchtverdacht nicht vorliegen und bitten deshalb um Annahme unserer Entschliessung. (Beifall der Soz.-Gegenrufe der Komm.)

Abg. Dr. Gereke (Landvolk) erklärt, die Landvolkpartei habe gegen viele Einzelheiten des Etats starke Bedenken stelle sie aber zurück im dem Reichskanzler und dem Ernährungsminister ihr Vertrauen zu bekunden. Sie billige auch das Zollermächtigungsgesetz in seiner neuen Fassung und bedaure nur, dass es durch den Auszug der Deutschnationalen und NS unmöglich geworden sei, mehr für die Landwirtschaft zu erreichen.

Abg. Stöcker (Komm.) kündigt in einer längeren Erklärung die Ablehnung des Etats an.

Die Kommunisten bringen einen Misstrauensantrag gegen das Kabinett ein, das die Bevölkerung getäuscht und betrogen habe.

Vizepräsident Esser erklärt unter Pfui-Rufen der Kommunisten, dass dieser Antrag wegen seiner unparlamentarischen Fassung nicht zugelassen werde.

Die Aussprache über den Etat ist beendet. Es folgen die vorher zurückgestellten Abstimmungen, zunächst über das Osthilfegesetz. Dieses wird in zweiter Lesung in der Ausschussfassung angenommen. Die dritte Beratung muss auf Einspruch der Kommunisten unterbleiben. Das Gesetz gegen Waffenmissbrauch wird unter Gegenrufen der Kommunisten verabschiedet. Kommunistische Misstrauensanträge werden abgelehnt. Zum Osthilfegesetz wird auch eine sozialdemokratische Entschliessung angenommen, die sich gegen den Abbau der Tariflöhne der länd=

lichen Arbeiterschaft wendet. Angenommen wird eine Entschliessung des christlichsozialen Volksdienstes zugunsten der Landarbeiter. Ein kommunistischer Misstrauensantrag gegen das Kabinett Brüning wird mit 284 gegen 65 Stimmen bei 15 Enthaltungen abgelehnt.

Eine vom Abg. Rauch (Bayr. VP.) begründete Entschliessung zugunsten der technischen Beamten wird mit grosser Mehrheit angenommen. Angenommen werden ferner Anträge der Sozialdemokraten und des Zentrums, die im Reichsfinanzministerium Aenderungen im Stellenplan herbeiführen wollen. Eine kommunistische Entschliessung auf Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer für Konsumvereine und Warenhäuser wird angenommen, da auch die Sozialdemokraten dafür stimmen, ebenso eine kommunistische Entschliessung, wonach der Einzelverkauf von Zigaretten wieder zugelassen werden soll.

Im Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung wird auf Antrag von Sozialdemokraten, Zentrum, Staatspartei, Wirtschaftspartei, Bayerischer Volkspartei und Christlichsozialen der Etatsansatz der Vorzugsdividende aus den Reichsbahn-Vorzugsaktien um 700 000 Mark erhöht und der Ansatz der Unterstützungsmittel für notleidende Beamte um 600 000 Mark ermässigt. Dadurch und durch eine Kürzung der Mittel für den Beamtenwohnungsbau um 500 000 Mark soll die Deckung für die Entschädigung der gewerbmässigen Stellenvermittler erreicht werden. Kommunisten und Deutsche Volkspartei stimmten dagegen.

Nach Bewilligung des Finanzetats wird beim Haushalt des Reichsinnenministeriums mit 299 gegen 65 Stimmen bei einer Stimmenthaltung eine kommunistische Entschliessung auf Aufhebung der Demonstrationsverbote für den 1. Mai abgelehnt.

Zum Kriegslastetat wird eine Ausschussentschliessung angenommen, dass die erste Rate für die im linksrheinischen Westen vor-gesehenen Bahnbauten schon 1931 aus den Mitteln des Osthilfegesetzes bereitgestellt wird.

Beim Etat des Arbeitsministeriums wird ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der 5 Millionen zur Sanierung der Knappschaftsversicherung aus der erhöhten Aufsichtsratssteuer verwenden will.

Beim Marineetat wird der kommunistische Antrag auf Streichung des Ersatzbauplans bei den Kriegsschiffen mit 284 gegen 65 kommunistische Stimmen abgelehnt.

Der kommunistische Antrag auf Streichung der 4. Rate des Panzerschiffs A wird mit 176 gegen 74 Stimmen bei 106 Stimmenthaltungen abgelehnt. Wie in der zweiten Beratung stimmten auch diesmal einige Sozialdemokraten gegen die Etatsposition während die übergrosse Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion Stimmenthaltung übte. Der kommunistische Antrag auf Streichung der 1. Rate für das Panzerschiff B wird gleichfalls mit 176 gegen 73 Stimmen bei 106 Enthaltungen abgelehnt. Die Gesamtabstimmung über den Reichshaushalt ergibt die Annahme mit 277 gegen 74 Stimmen (der Kommunisten und einiger Sozialdemokraten) bei 15 Enthaltungen der Wirtschaftspartei.

Der kommunistische Antrag betreffend Frau Dr. Kienle Stuttgart wird abgelehnt, die sozialdemokratische Entschliessung hierzu mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten angenommen. Zu dem kommunistischen Antrag auf Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag beantragten die Sozialdemokraten das Gleiche auch für den 11. August.

Abg. Esser (Z.) beantragt Ueberweisung an den Rechtsausschuss. Auf Verlangen der Kommunisten wird darüber namentlich abgestimmt. Die Sozialdemokraten holen die weissen Ja-Karten heraus, was die Kommunisten mit höhnischen Zurufen begleiten. Die Ueberweisung an den Ausschuss wird mit 294 gegen 65 kommunistische Stimmen beschlossen.

Zum Gesetz über Zolländerungen spricht

Abg. Frau Sender (Soz.):

Bei allen wirtschaftspolitischen Massnahmen in dieser schweren Zeit ist

ist grösste Behutsamkeit nötig, damit eine weitere Erschwerung des Absatzes und ebenso eine Teuerung vermieden wird. In dieser Beziehung erinnern wir nachdrücklich an die entsprechende Erklärung der Reichsregierung. Die Vorlage soll der Regierung eine Ermächtigung geben, die durch das Scheitern der Genfer Wirtschaftskonferenz erforderlich geworden sein soll. Wir müssen die ungestörten Beziehungen zum Ausland aufrecht erhalten. Schon sind Brotpreiserhöhungen in Köln, Frankfurt/Main usw. eingetreten, in anderen Städten wie Berlin wird damit gedroht, und schon kommen Hilferufe von Bürgermeistern an uns, die einer Brotverteuerung um so sorgenvoller entgegenzusehen, als die Wohlfahrtslasten ohnehin schon die Gemeinden zur Verzweiflung treiben. Wir fordern die Regierung zur Wachsamkeit und gegebenenfalls auf, solche Preiserhöhungen rückgängig zu machen. Es ist Spielraum genug um die zu Ungunsten der Landwirtschaft geöffnete Preisschere ohne Nachteil für die Verbraucher zu schliessen. Die Landwirtschaft hat das grösste Interesse an der Hebung der Kaufkraft ihrer Hauptabnehmer, d.h. der grossen Massen der Arbeiter und Angestellten. Durch Lohnabbau und Preistreiberei wird auch die Landwirtschaft geschädigt. Hass gegen die Verbrauchermassen kann der Landwirtschaft nicht helfen, nur organisiertes Zusammenwirken mit den Verbrauchern.

Die Regierung verlangt diese Vollmacht, um der Landwirtschaft eine Erholungspause zu geben. Wir können diese Vollmacht nur erteilen, wenn die Konsumenteninteressen durch eine starke Reichstagsmehrheit geschützt werden, und wir erteilen diese Vollmacht auch nur dieser Regierung. Diejenigen Parteien, die immer vorgeben, allein landwirtschaftsfreundlich zu sein, haben die Arbeit hier im Hause eingestellt, aber die Arbeiterschaft reicht durch ihre Vertreter der Landwirtschaft die hilfreiche Hand. Trotz aller Verhetzung haben die grossen Massen der Verbraucher Verständnis für die Notlage und die Interessen der Bauern, und sind bereit, ihnen entgegenzukommen. Schliesslich wird man auch in fernsten Dorf einsehen müssen, dass nicht Parademärsche und Mordanschläge auch nicht Versprechungen für das Dritte Reich den Bauern helfen, sondern die wirksame Hilfe nur in der Zusammenarbeit der Bauern und der Verbraucher für die gemeinsamen Interessen liegt. Gemeinsam und planvoll wollen wir die Wirtschaft aufbauen und arbeiten, dass die schaffenden Menschen Arbeit und Brot finden. (Leb. Beifall)

Ernährungsminister Schiele antwortet: Der Reichsregierung stehen eine Reihe praktischer Massnahmen zur Verfügung, und sie ist bereit, diese Möglichkeiten rechtzeitig anzuwenden um einer ungerechtfertigten Brotpreiserhöhung entgegenzuwirken.

Zu der Reihe von Massnahmen, die die Reichsregierung infolge der drohenden Brotpreiserhöhung zu treffen beabsichtigt, gehört auch eine Vorlage, die dem Reichskabinett bereits am Donnerstag zugeleitet werden soll. Diese Vorlage bezweckt die Erhöhung der Ausmahlungsquote von 60 auf 70 %. Hierdurch wird alsbald eine Senkung des Mehlpriees eintreten, die eine Senkung der Brotpreise zur Folge haben muss. - Im Zusammenhang damit teilt Minister Schiele mit, dass die Berliner Bäckerinnung am Mittwoch abend den Beschluss gefasst habe, von einer Brotpreiserhöhung abzusehen. -

Bei der folgenden Abstimmung über das Zolländerungsgesetz in zweiter Lesung stimmt neben den Kommunisten beim Art. 3 des Gesetzes auch das Landvolk nicht für die Regierungsvorlage. Sein Vertreter Hepp erklärt, dass seine Fraktion sich die Stellungnahme bis zur dritten Lesung vorbehalte. - Schluss nach 20 Uhr, nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr: Dritte Lesung des Osthilfegesetzes, des Gesetzes über Zolländerungen, Aenderung der Entschädigungen für Arbeiter der Tabakindustrie, Abstimmung über gerichtliche Verfahren gegen Mitglieder des Reichstages.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 25. März 1931

In der Mittwochsitzung des Landtags beantragten die Deutschnationalen in der fortgesetzten Aussprache über den Innenetat zunächst die Redezeit um eine halbe Stunde zu verlängern, damit sie Gelegenheit bekommen, noch auf die Rede des Abg. Letterhans (Ztr.) zu antworten. Der Antrag wurde abgelehnt.

Abg. Prelle (Dtsch.Hann.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Falk. Die Hannoveraner hätten sich trotz aller Unterdrückungen immer loyal benommen. Sie dächten nicht daran, für die Wiedererrichtung der hannoverschen Monarchie einzutreten. Sie seien durchaus modern gesinnt.

Abg. Leinert (Soz.): Die moderne Einstellung der Welfen spiegelt sich nur in Wiederholungen ihrer alten Tiraden. Ihre Loyalität bekundete Kollege Biester, der bekanntlich erklärte, dass die Wlfenpartei das Bestreben hat, das Innenministerium zu unterminieren. Dass der von ihr gestellte Oberbürgermeister von Hannover von der Regierung bestätigt wurde, zeigt die Toleranz der Demokratie. Würde die Regierung nach der Aeusserung des Herrn Biester aber noch den zum Landeshauptmann gewählten Welfen bestätigen, so wüsste sie wirklich nicht, was sie tat. Wie alle bürgerlichen Mittelparteien sucht auch die Welfenpartei aus Angst vor dem Tode Anschluss an die Nationalsozialisten. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Um die Parteibuchwirtschaft in der Personalpolitik zu beweisen, hat die Volkspartei über die Vorgänge im Statistischen Landesamt einen Untersuchungsausschuss einsetzen lassen. Sie hat über den "roten Terror in den öffentlichen Betrieben" Flugblätter verbreitet, obwohl die Verhandlungen durch Zeugenaussagen das Gegenteil ergeben haben. Diese ganze infame Hetze ist kläglich zusammengebrochen. (Hört!Hört! b.d.Soz.) Merkwürdigerweise übersieht dabei die Rechte vollständig die Massregelung von Beamten in Braunschweig und Thüringen.

Weil es der Rechten an Agitationsmaterial fehlt, hat der Stahlhelm das Volksbegehren auf Landtagsauflösung eingebracht. Dabei haben Deutschnationale und Volkspartei eine Heidenangst vor Neuwahlen und der Stahlhelm rechnet selbst damit, dass sein frivoles Spiel keinen Erfolg hat. Es ist nur ordinäre Demagogie, wenn gefordert wird, dass um der Osthilfe und der inneren Gesundung willen Preussen von den jetzigen Machthabern befreit werden müsse. Wenn das geschehen sollte, müssten die Ministersessel wieder besetzt werden. Dass die Herren von rechts sich hierfür bereithalten, ist schliesslich nichts weiter als der Drang zur Futterkrippe! (Sehr wahr! b.d.Soz. und Heiterkeit)

Die Rechte bezeichnet das jetzige Preussen als eine nationale Gefahr, sie fordert Sperrung der Reichszuschüsse, weil keine Gewähr für deren verfassungsmässige Verwendung gegeben sei. Es soll die Reichseinheit bedrohen. Ein massgebendes bürgerliches Blatt in Bayern beurteilt Preussen allerdings anders. Es begrüsst, dass Preussen fest steht und der jetzige Innenminister die staatliche Ordnung garantiert. (Hört!Hört! b.d.Soz.) Tatsächlich hält Preussen das Reich zusammen. Ein Sieg Hitlers würde dessen Bestand und Kreditfähigkeit erschüttern und das Fünfmillionenheer der Arbeitsleer verewigen. (Sehr wahr! b.d.Soz.) Schon die Wahl vom 14. September hat dem Reich durch die Rückziehung ausländischer Kredite unermesslichen Schaden zugefügt. Aber das Volk wird klug genug sein, einzusehen, was es mit Hitler und Hugenberg gegen Braun und Severing eintauschen würde: die völlige Auflösung des Staates! (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Der Stahlhelm hat angekündigt, dass beim Volksbegehren Gelegenheit sei festzustellen, wer seine nationale Pflicht erfüllt. Nach all den Fälschungen und Verleumdungen über die Misswirtschaft des Marxismus wird also noch der unver=
schämteste Terror angekündigt. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Es ist das Verdienst der Sozialdemokratie und ihrer Organisationen, beim Zusammenbruch Deutschland gerettet zu haben. Die Sozialdemokratie hat den Ruhr- einbruch abgewehrt und nicht die Rechtskreise mit Schlageter und Genossen. Da- mals sprach Hitler das Wort: nicht Nieder mit den Franzosen muss es heissen, sondern Nieder mit den Novemberverbrechern! (Hört! Hört! b.d. Soz.) Die Sozialde- mokratie hat Deutschland von den äusseren Gegnern befreit. Sie hat über den Dawesplan im Youngplan die jährliche Zahlung der Tributlasten um 700 bis 800 Millionen herabgemildert, sie hat die Souveränität des Reiches wieder herge- stellt und den Rhein befreit. Wenn die See noch nicht frei ist, so einzig durch die Schuld der Rechtsparteien! Helfferich hat während des Krieges ein- mal erklärt: "Die Kriegslasten werden unsere Feinde wie eiserne Ketten durch die Jahrhunderte schleppen müssen". (Hört! Hört! links) Unsere Gegner haben die Dauer der Lasten für uns auf 59 Jahre, ein Menschenleben, beschränkt. Es ist leichter gewesen, die hasserfüllten Gegner zur Vernunft zu bringen, als einen Teil der eignen Volksgenossen, die in blinder Wut alles unter die Stiefel treten, was in Notzeiten aufgebaut wurde. (Sehr wahr! b.d. Soz.)

Seit der Ermordung Rathenaus ist der Mord zur politischen Waffe geworden. Dafür tragen Deutschnationale und Nationalsozialisten die Verantwortung. Sie sind verantwortlich für das vergossene Blut. Wenn Hitler für die Hamburger Mörder kommunistischen Abgeordneten Hennig jetzt die Verteidigung stellt, so nicht nur, weil er sich verantwortlich fühlt, sondern auch aus Angst, dass die Mörder gegen seine Partei aussagen könnten. Es steht fest, dass die national- sozialistische Partei die Mörder begünstigt. (Sehr wahr! b.d. Soz.)

Solchen Leuten dürfen wir nicht Preussen überlassen! Ihre Herrschaft würde die Wiederherstellung des Dreiklassenwahlrechts, des Herrenhauses und der Gesindeordnung bedeuten. Wenn wir uns gegen das Stahlhelmvolksbegehren wenden, so wollen wir die Kultur und die Arbeiterrechte nicht politischen Kannibalen überantworten, sondern für den Aufstieg des Volkes kämpfen zu besseren Zustän- den. (Lebhafter Beifall! b.d. Soz.)

Abg. Kasper (Komm.) verwahrt sich gegen die Unterscheidung des Innenmini- steriums zwischen anständigen und unanständigen Mitgliedern der kommunistischen Fraktion. Mit solchen Wendungen könne man keine Sprengkapseln legen. Man habe nie solche viehischen Ausschreitungen der Polizei erlebt als in der Republik. Der Redner beschwert sich weit über Massnahmen gegen kommunistische Parteior- ganisationen.

Hierauf werden Abstimmungen vorgenommen. Zunächst wird abgestimmt über das neue Berliner Selbstverwaltungsgesetz. Das Gesetz wird in dritter Lesung unverändert in der Ausschussfassung, d.h. unter Ablehnung aller Änderungsan- träge der Rechtsparteien und Kommunisten, angenommen. Die Schlussabstimmung ist namentlich. Hierbei obstruieren Kommunisten und Rechtsparteien mit Aus- nahme der Landvolkpartei, indem sie keine Karten abgeben. Die Auszählung er- gibt 223 Ja=Stimmen und 18 Nein=Stimmen. Damit ist das Berliner Gesetz end- gültig verabschiedet.

Es folgen die Abstimmungen über den Haushalt des Kultusministeriums in zweiter Lesung. Unter den angenommenen Anträgen befindet sich auch der Zen- trumsantrag, die Staatsoper am Platz der Republik mit Abschluss der Spielzeit 1931 zu schliessen. Bei diesem Antrag enthielten sich die Sozialdemokraten.

Die Abstimmung über den Vertrag des Staates mit der Volksbühne ergibt, wie bereits zweimal vorher, wiederum die Beschlussunfähigkeit des Hauses. Rechtsparteien und Kommunisten gaben keine Karten ab. Die Regierungsparteien brachten nur 225 Stimmen auf. Es fehlte an der Mehrheit also nur eine Stimme. Die Sozialdemokraten waren vollzählig.

Hierauf wird die Aussprache über den Innenetat fortgesetzt.

Abg. Metzenthin (D.Vp.) erklärt, dass die Dauer eines Kabinetts noch keine Zeichen für gute Leistungen sei. Die Posten der Verwaltung seien mit Anhängern der Regierungsparteien überschwemmt worden. Statistisch sei nachgewiesen, dass Kommunisten an Gewalttätigkeiten und Versammlungsstörungen den meisten Anteil haben.

Abg. Grzimek (St.P.) meint, dass sich nach dem Scheitern im Reich die Offensive der Rechten gegen Preussen richte, weil es sich in den letzten 12 Jahren als der starke Fels der deutschen Republik erwiesen hat. Preussen habe in der Notzeit Grosses geleistet und das sollten auch die Oppositionsparteien anerkennen. Die von der Rechtsregierung im Reich gemachten Steuern seien in Preussen gemildert worden. In weiteren Verlauf seiner Rede geht der Redner auf die verhetzenden Methoden der Nationalsozialisten ein und fordert den Minister auf, noch schärfer als bisher zuzupacken.

Hierauf schlägt Präsident Bartels dem Hause vor, sich zu vertagen. - Zur Geschäftsordnung erklärt Abg. Riedel (St.P.), dass während der Rede des Abg. Grzimek der nationalsozialistische Abgeordnete Haake diesem zugerufen habe: "Dir werden wir noch die Eier schleifen!". Dieser von unglaublicher Rohheit und von einem nicht zu kennzeichnenden geistigen Tiefstand zeugende Zuruf sei offenbar vom Präsidenten überhört worden. (Grosse Unruhe im ganzen Hause!)

Präsident Bartels bemerkt dazu, dass er diesen Zuruf tatsächlich nicht gehört hat, weil er sonst sofort eingeschritten wäre.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 10 Uhr. - Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den Innenetat.

Landtags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 25. März (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag nahm am Mittwoch bei Stimmenthaltung der Sozialdemokratie u. a. einen Zentrumsantrag an mit Ablauf der Spielzeit 1931 die Staatliche Krolloper in Berlin zu schliessen. Die namentliche Abstimmung über den Staatsvertrag mit der Berliner Volksbühne ergab zum dritten Mal die Beschlussunfähigkeit des Hauses. Wieder gaben Kommunisten und Rechtsparteien keine Karten ab. Die Regierungsparteien brachten nur 225 Stimmen auf. Es fehlte eine Stimme an der Mehrheit. Die namentliche Abstimmung über das neue Berliner Selbstverwaltungsgesetz führte zu dessen Annahme. Das Gesetz tritt am 1. April 1931 in Kraft.

In der fortgesetzten Debatte über den Innenetat wandte sich der sozialdemokratische Abg. Leinert sofort gegen die sogenannte "nationale Opposition". Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand das Stahlhelmvolksbegehren auf Landtagsauflösung, die von niemandem mehr befürchtet wird, als von den Deutschnationalen und der in ihrem Fahrwasser segelnden Volkspartei. Für den Stahlhelm solle das Volksbegehren nach der Ankündigung seiner Führer eine willkommene Gelegenheit zu der Festsetzung sein, wer seine nationale Pflicht erfüllt. Das sei nach allen vorangegangenen Verleumdungen und Fälschungen über das "marxistische Preussen" die unverschämte Proklamierung brutalen Terrors. Es werde die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, dem Volke klar zu machen, was es mit Hitler und Hugenberg gegen Braun und Severing eintauschen würde: die völlige Auflösung des Staates, den Zusammenbruch der Wirtschaft und die Verewigung des Fünfmillionenheeres von Erwerbslosen. Tatsächlich habe die "nationale Opposition" den Wiederaufbau Deutschland zu sabotieren versucht. Die Ermässigung der Tributlasten, die Wiederherstellung der Souveränität des Reiches und die

Befreiung des Rheines seien historische Verdienste der Sozialdemokratie. Es sei leichter gewesen, die ehemaligen Feinde zur Vernunft zu bringen als einen Teil der eigenen Volksgenossen, die in blinder Wut alles unter die Stiefel treten würden, was in schwerer Notzeit aufgebaut wurde. Deshalb werde die Sozialdemokratie zu verhindern wissen, dass Preussen denjenigen ausgeliefert werde, die das Volk wieder unter das Joch des Dreiklassenwahlrechts, des Herrenhauses, der Gesindeordnung beugen wollten. Nicht die Preisgabe von Arbeiterrechten und Kultur an Reaktion und dem politischen Kannibalismus der Hakenkreuzmordpest, sondern die Sicherung des Aufstiegs in der Demokratie, durch eine starke Sozialdemokratie könne Preussen zu besseren Zuständen führen.

Am Schluss der Sitzung ereignete sich noch ein Zwischenfall. Die Nationalsozialisten schwänzen bereits seit Monaten die Sitzungen, schreien sich aber, um die Diäten nicht zu verlieren, in die Präsenzliste ein und verbringen die so gewonnene Zeit meistens in feuchtfröhlicher Stimmung im Landtagsrestaurant. Als der letzte Redner, Abg. Grzimek (St.P.) die Gewaltmethoden der Nazis geißelte, erschien plötzlich der nationalsozialistische Abgeordnete Haake im Sitzungssaal und rief dem Redner zu: "Dir werden wir auch noch die Eier schleifen"! Da der Präsident diesen Zuruf überhört hatte, brachte ihn in einer Geschäftsordnungsbemerkung Abg. Riedel (St.P.) zur Kenntnis des Hauses. Diese Äußerung eines Nationalsozialisten in einem Parlament eröffnet herrliche Aussichten über Zucht und Sitte im dritten Reich unter der Herrschaft einer "dünnen, reinrassigen Herrenschicht".

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr.